
Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik
Revue suisse d'Economie politique et de Statistique

Herausgegeben von der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft
Publiée par la Société suisse de Statistique et d'Economie politique

Redaktion / Rédaction: Prof. Dr. H. G. Bieri

118. Jahrgang / 118^e année Heft / Fasc. 1 März / Mars 1982

Welche Ansichten vertreten Schweizer Ökonomen? **Ergebnisse einer Umfrage***

Von Bruno S. Frey, Werner W. Pommerehne, Friedrich Schneider, Hannelore Weck, Zürich

I. Umstrittene Ökonomie

In Grossbritannien haben sich in einem Leserbrief an die London Times 154 Ökonomen gegen den Beitritt des Vereinigten Königreichs zur EG ausgesprochen, da «die ökonomischen Auswirkungen . . . eines Beitritts eher ungünstig als günstig sind». In der gleichen Ausgabe (22. Okt. 1971) sprachen sich 142 Ökonomen für den Beitritt aus, denn «die ökonomischen Auswirkungen . . . eines Beitritts sind eher günstig als ungünstig». Diese gegensätzlichen Ansichten führten zu einem Leserbrief, in dem gefolgert wurde: «Der ökonomische Beitrag von Ökonomen für das Vereinigte Königreich ist eher ungünstig als günstig einzuschätzen» (London Times vom 25. Okt. 1971).

* Wir danken all jenen, die unseren Fragebogen beantwortet haben und ganz besonders denjenigen, die durch z.T. ausführliche Kommentare zu einzelnen Fragen und zum gesamten Vorhaben ihr Interesse bekundet haben. Wegen der Anonymität der Befragung konnten wir nicht individuell antworten; wir haben jedoch die Hinweise bei der Abfassung dieses Berichts soweit wie möglich berücksichtigt. Neben der – sicherlich berechtigten – Kritik hat uns die grosse Zahl zustimmender Stellungnahmen von Seiten praktisch tätiger Ökonomen und Nachwuchswissenschaftler (Assistenten) sehr gefreut. Besonderer Dank gebührt den Herren Prof. Dr. Silvio Borner und Felix Herzig, damaliger Präsident und Sekretär der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft, für die Bereitstellung der Adressen der Mitglieder. Für wertvolle Hinweise zu einer früheren Fassung dieser Arbeit danken wir Dr. Guy Gilbert (Universität Paris-X-Nanterre), PD Dr. Gebhard Kirchgässner (ETH Zürich), PD Dr. Peter Stolz (Universität Basel), lic. rer. pol. Jörg Naumann und PD Dr. Peter Zweifel (beide Universität Zürich). Besonderer Dank gebührt Dr. Willi Nagel (Universität Konstanz) für die Unterstützung bei der statistischen Auswertung.

Auch in der *Schweiz* wird häufig beklagt, dass die Ökonomie zur praktischen Wirtschaftspolitik wenig beitragen könne. Manche mögen sich an den Anspruch des damaligen Bundesrates und Finanzministers Nello Celio vor dem Nationalrat erinnern, worin er erklärt haben soll, «die nationalökonomischen Lehren nützen nichts; er habe alle seine Lehrbücher, weil wertlos, verbrannt»¹. In einem Leserbrief² wird davor gewarnt, diese – wohl scherzhaft gemeinte – Aussage ernst zu nehmen und etwa «den Anteil der namhaften Bundesbeiträge an die nationalökonomischen Abteilungen der Universitäten unverzüglich zu streichen». Es wird «zur Ehrenrettung der Nationalökonomien» festgestellt, dass «sie es waren, die jahrelang und mit aller Deutlichkeit, leider aber erfolglos, auf die schweren Folgen des starren Verharrens auf festen Wechselkursen hinwiesen». Und «die äusseren Umstände (haben) die Richtigkeit der damaligen Warnungen überzeugend bestätigt. Es empfiehlt sich deshalb, die nationalökonomischen Abteilungen beizubehalten und vermehrt auf ihre Betreuer zu hören». Der zweite in der gleichen Nummer abgedruckte Leserbrief³ zu diesem Thema beginnt dagegen mit «Bravo, Bundesrat Celio» und behauptet, «eigentlich braucht man, um diese Probleme (der Preisstabilisierung, die Autoren) zu lösen, nicht Lehrbücher, sondern ein wenig Überlegung».

Auch unter Fachökonomien ist heute der Nutzen ihrer Wissenschaft umstritten. Unter dem Titel «Ratlose Nationalökonomie in den 80er Jahren?» wird in einer verbreiteten Tageszeitung⁴ die Auffassung der Professoren Robert E. Lucas (Universität Chicago) und Thomas J. Sargent (Universität Michigan) diskutiert, dass «nach den «friedlichen» sechziger Jahren die siebziger Jahre die «Gebäude der Nationalökonomie» in Trümmern hinterlassen hätten»⁵. Lucas und Sargent betonen jedoch, dass trotz der intensiv geführten Debatte zwischen Monetaristen und Fiskalisten (Keynesianern) «die Nationalökonomie in keiner Weise eine blosse Quasi-Wissenschaft sei. Vielmehr gebe es grosse Bereiche der wissenschaftlichen Übereinstimmung unter den nationalökonomischen Lehrmeinungen». Ähnlich äussert sich auch Professor Jürg Niehans (Universität Bern): «... there is, at any given time, a large amount of consensus. In fact, the economic doctrines taught in Nairobi, Sao Paulo, New Dehli, Tel Aviv, Geneva, Harvard, and Bowling Green State ... have a large common core»⁶.

¹ Vgl. *Der Bund*, «45 Minuten Währungspolitik», 30. Nov. 1973.

² *Der Bund*, «Die nationalökonomischen Lehren», 9. Dez. 1973 (R. Schulthess).

³ *Der Bund*, 9. Dez. 1973 (C. Steiner).

⁴ *Tages-Anzeiger*, 31. Dez. 1979 (Redaktor Florian Hew).

⁵ Gilt dies auch für andere Wissenschaften? Die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten der Physiker hinsichtlich der Sicherheit von Kernkraftwerken deuten darauf hin, dass auch in den «harten» Naturwissenschaften keine Einigkeit besteht. Vgl. z.B. die Kritik von Keeney et al. an dem amerikanischen Rasmussen-Bericht; S. M. Keeney et al., *Nuclear Power Issues and Choices*, Ballinger, Cambridge, Mass., 1977.

⁶ *Economics: History, Doctrine, Science, Art*, *Kyklos* 34 (1981), S. 170.

Der Präsident der American Economic Association des Jahres 1937, Alvin Johnson⁷, hat demgegenüber betont, dass unterschiedliche Auffassungen zu einer freiheitlichen Gesellschaft gehörten und deshalb erwünscht seien:

“We (economists) are said to disagree on every imaginable point of doctrine! So we do. We are free men. Those who wish for agreement among scholars would best turn to the scholars functioning anemically under the totalitarian states. . . . We plead guilty of opinion. We are proud to be guilty”.

Eine einmütige ist nicht nur eine diktatorische, sondern auch eine tote Wissenschaft, weil sie erstarrt. Eine von den meisten Ökonomen geteilte Vorstellung⁸ lautet, dass Wettbewerb anregt und die Leistung steigert. Dies gilt auch für Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Lehrmeinungen und Modellen, wie sich anhand der in vielen Publikationen dokumentierten Auseinandersetzung zwischen Monetaristen und Keynesianern belegen lässt. Diese Debatte hat zur Klärung beider Positionen geführt und vor allem gezeigt, wo die Unterschiede *nicht* liegen (was anfänglich unklar war). Für den wissenschaftlichen Fortschritt ist kennzeichnend, dass die Diskussion nicht einfach zu einem Kompromiss zwischen beiden Lehrmeinungen geführt hat. Vielmehr sind einige zentrale Elemente des Monetarismus heute in der wissenschaftlichen Lehre akzeptiert⁹.

Unsere Untersuchung befasst sich mit der Frage, ob bei der Einschätzung einer Reihe ökonomischer Fragestellungen durch Schweizer Ökonomen weitgehende Einigkeit besteht, bzw. zu welchen Fragestellungen unterschiedliche Ansichten vertreten werden. Ebenso analysieren wir, inwieweit es zwischen den aktiv in der Wissenschaft tätigen und den in der Praxis stehenden Ökonomen (in der öffentlichen Verwaltung wie in der Privatwirtschaft) einen Konsens/Dissens gibt. Es ist zudem denkbar, dass die Meinungen je nach Altersgruppe und nach Sprachzugehörigkeit unterschiedlich ausfallen; von Interesse scheint uns auch die Frage, inwieweit sie ideologisch bestimmt sind.

Die unter den Mitgliedern der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft durchgeführte Umfrage (Teil II) erstreckt sich somit auf folgende Fragebereiche:

- (a) Auf welchem Gebiet besteht *Konsens* und *Dissens* unter Schweizer Ökonomen? (Teil III);
- (b) In welcher Hinsicht unterscheiden sich die Auffassungen der in unterschiedlichen *Berufen* tätigen Ökonomen? (Teil IV);
- (c) Welchen Einfluss haben – neben dem Beruf – Alter, Sprachzugehörigkeit und Ideologie? (Teil V);

⁷ *American Economic Review* 27 (1937), S. 1.

⁸ Vgl. Teil III.

⁹ Für eine Lehrbuchdarstellung vgl. z.B. Robert J. Gordon, *Macroeconomics*, Little, Brown & Comp., Boston 1978.

- (d) Welche Zeitschriften werden für das jeweilige Fachgebiet als wichtig erachtet, und wer unter den lebenden Ökonomen wird als besonders bedeutend angesehen? (Teil VI).

Diese Untersuchung kann für drei Zwecke nützlich sein:

- (1) Für die *wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger*, indem der heute unter Ökonomen akzeptierte «Kern» an ökonomischen Auffassungen abgesteckt und die Bedeutung unterschiedlicher Lehrmeinungen (oder Paradigmen) erfasst werden: Inwieweit sind Schweizer Ökonomen Monetaristen? Oder sind sie im wesentlichen Keynesianer? Weiterhin ist für die Wirtschaftspolitiker interessant, wie Ökonomen zu konkreten Fragen wie Konsumentenschutz, Mietzinskontrolle, Lohn- und Preis-Kontrollen und zur Konjunkturpolitik stehen.
- (2) Für die *Ökonomie als Wissenschaft* ist neben den bereits erwähnten wirtschaftspolitischen Fragen von Interesse, inwiefern je nach ausgeübtem Beruf und nach ideologischer Position Unterschiede in den Ansichten bestehen.
- (3) Für die *Wissenschaftspolitik* kann die Umfrage Hinweise auf besonders umstrittene und (deshalb) forschungsbedürftige Bereiche und Informationen für die ausseruniversitäre Weiterbildung von Ökonomen geben.

II. Die Umfrage

Im Spätherbst 1980 wurde einer Zufallsauswahl von 406 Mitgliedern der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft eine Liste mit 44 Einzelfragen und einigen Zusatzfragen über persönliche Merkmale zugeschickt. Jeder Ausgewählte wurde in einem von den Autoren unterzeichneten Begleitschreiben persönlich angesprochen; es wurde Anonymität zugesichert und ein frankiertes Antwortkuvert beigelegt. Den in der französischsprachigen Schweiz und im Tessin wohnhaften Mitgliedern wurde ein französisch abgefasster Fragebogen zugesandt. Unter den ordentlichen Professoren wurde eine Vollerhebung durchgeführt, um eine genügend grosse Zahl von Antworten zu erhalten¹⁰.

Zwei unter den 406 Angeschriebenen konnten nicht erreicht werden. 224 der brieflich Erreichten haben den Fragebogen zurückgesendet. Die Rücklaufquote von 55 % ist bei einer schriftlichen Befragung angesichts des nicht ganz kleinen zeitlichen und intellektuellen Aufwands zur Beantwortung der Fragen als hoch anzusehen. 25 Antwortbogen konnten wegen fehlender Angaben nicht verwendet werden; ein oder zwei Befragte hielten die Umfrage für einen (verfrühten) Fasnachtsscherz. Die überwiegende Zahl hat jedoch – soweit sich aus den zusätzlichen schriftlichen Bemerkungen ersehen lässt – die Beantwortung ernst

¹⁰ Die einzelnen Merkmale der den Fragebogen Beantwortenden sind in *Anhang A* wiedergegeben.

genommen. Die verbleibenden 199 brauchbaren Fragebogen entsprechen 49 % der Befragten.

Die von uns durchgeführte Befragung wurde durch eine im Jahre 1979 veröffentlichte Umfrage unter amerikanischen Ökonomen angeregt¹¹. In der amerikanischen Studie sind jedoch einige unseres Erachtens wichtige Fragestellungen – z.B. zur Einstellung zum Staat, zu den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt, zur makroökonomischen Planung (planification) und zur Mitbestimmung – ausser acht gelassen worden. Gerade hinsichtlich dieser, in Europa auch politisch aktuellen Fragen erschien es uns sinnvoll zu erforschen, welche Ansichten hierzu Schweizer Ökonomen vertreten.

Aufgrund dieser Erwägungen sind wir folgendermassen vorgegangen:

- (i) Es werden alle Fragen der *amerikanischen* Studie übernommen und, sofern notwendig, an die Verhältnisse in der Schweiz angepasst¹². Drei Fragen beziehen sich spezifisch auf die Vereinigten Staaten und werden daher ausgeschlossen¹³.
- (ii) Zusätzlich sind «europäische» Fragen aufgenommen worden. Sie beziehen sich auf die Einstellung zum Staat im weitesten Sinn, zum Verhalten der Arbeitnehmer, zur Bedeutung der Macht in der Wirtschaft und geschichtlicher sowie schichtspezifischer Aspekte in der ökonomischen Analyse, zur makroökonomischen Planung und zur (modernen) Politischen Ökonomie als grundlegende Elemente der Wirtschaftswissenschaft.

Die Fragen sind in *Anhang B* im Wortlaut wiedergegeben. Aus dieser Aufstellung wird ersichtlich, dass nicht eigentliche Fragen gestellt, sondern *Aussagen* formuliert wurden, zu denen Stellung genommen werden soll. Auf die Frage nach der Verständlichkeit der Aussagen und der Qualität der Antworten wird in *Anhang C* eingegangen.

III. Konsens und Dissens unter Schweizer Ökonomen

Im folgenden wird zunächst erläutert, *wie* Konsens und Dissens unter Schweizer Ökonomen erfasst werden kann (Abschnitt 1). Im 2. und 3. Abschnitt wird auf die

¹¹ J. R. Kearn, Clayne L. Pope, Gordon C. Whiting und Larry T. Wimmer, A Confusion of Economists? *American Economic Review, Papers and Proceedings*, 69 (1979), S. 28–37. Von den 600 Fragebögen, die gemäss dem Zufallsprinzip an die Mitglieder der American Economic Association verschickt wurden, wurden 211 ausgefüllt, d. h. die Rücklaufquote betrug 33 %. Die absolute Zahl der Antwortenden ist nur wenig grösser als bei unserer Umfrage (N=199). Unter dem Titel *Is There an Economic Consensus?* (London, Macmillan 1973) hat Samuel Brittan schon früher eine kleinere Umfrage (19 Fragen) unter englischen Ökonomen durchgeführt. Bei einer Rücklaufquote von 47 % konnte er 117 Umfragebögen auswerten.

¹² Z. B. muss «Fed» (Abkürzung von Federal Reserve System) durch «Zentralbank» (Fragen 26, 35 unseres Fragebogens) ersetzt werden.

¹³ Fragen 11, 27 und 28 der Studie von Kearn et al., S. 30.

Frage eingegangen, auf *welchen Gebieten* hoher Konsens bzw. ausgeprägter Dissens besteht. Anschliessend wird diskutiert, welchen Lehrmeinungen Schweizer Ökonomen zuneigen (Abschnitt 4).

1. Analytische Erfassung

Bei der Auswertung der (in Anhang B wiedergegebenen) Antworten sind zwei Aspekte zu trennen:

- (i) Bei welchen Aussagen sind sich die Schweizer Ökonomen in der Beantwortung – sei es in der Zustimmung oder in der Ablehnung – «einig», bei welchen «uneinig»?
- (ii) Worin besteht (allenfalls) ein Konsens, d.h. welche inhaltlichen Ansichten werden von den Schweizer Ökonomen geteilt?

Das Ausmass an Einigkeit kann zum einen daran abgelesen werden, ob eine Aussage ein besonders hohes Mass an eindeutiger Zustimmung (mehr als 50 % der Antwortenden bekennen sich zu einem uneingeschränkten JA) oder an eindeutiger Ablehnung (über 50 % der Antwortenden bekennen sich zu einem NEIN) aufweist. Zum anderen kann zur Untersuchung dieser Frage das aus der Informationstheorie stammende Mass der *relativen Entropie* verwendet werden. Es zeigt an, wie stark sich die Antworten auf eine der vier Möglichkeiten der Stellungnahme (uneingeschränktes JA, eingeschränktes JA, NEIN, keine Antwort) konzentrieren¹⁴.

¹⁴ Das hier verwendete Mass für die relative Entropie q ist im Bereich zwischen Null und Eins standardisiert. Bei völliger Einigkeit in den Antworten, d.h. wenn alle Beteiligten die gleiche Antwort geben, gilt $q=0$; bei extremer Uneinigkeit, d.h. wenn die Antworten sich gleichmässig auf die vier Kategorien verteilen, ist $q=1$. Die relative Entropie ist der Quotient aus tatsächlicher Entropie und maximal möglicher Entropie für die vier Antwortkategorien. Das Entropiemass lässt sich auch folgendermassen interpretieren: Bei hohem Konsens unter den Befragten (q nahe Null) ist es *redundant*, mehr als einen Ökonomen zu befragen, weil (annähernd) alle die gleiche Antwort geben. Besteht hingegen ausgeprägter Dissens (q nahe Eins), sind die Mitglieder der Ökonomengilde *entropisch*, und es ist wenig Ordnung in den Antworten festzustellen. Um die Meinung der Ökonomen kennenzulernen, ist es angezeigt (nicht redundant), eine grössere Zahl von ihnen zu befragen.

Das Entropiemass q sei anhand zweier extremer Fälle illustriert. Aussage 5 («Geldtransfers sind Sachtransfers überlegen») stimmen (rund) 37 % der Antwortenden zu, 32 % stimmen mit Einschränkung zu, 22 % lehnen diese Aussage ab und 10 % enthalten sich einer Antwort. Die standardisierte relative Entropie beträgt $q=0,93$; die Schweizer Ökonomen sind sich in dieser Frage somit uneinig. Bei Aussage 14 («Bei Konkurrenz vieler kleiner Firmen wird unternehmerische Initiative verunmöglicht») antworten 2 % mit uneingeschränkt JA, 8 % mit einem eingeschränkt JA, 90 % mit einem NEIN, und es enthält sich niemand der Stimme. Die standardisierte relative Entropie beträgt $q=0,27$, die Schweizer Ökonomen sind sich (weitgehend) einig. Das für die einzelnen Fragen berechnete Entropiemass q ist ebenfalls in Anhang B aufgeführt.

Tabelle 1:
Die 10 Aussagen mit dem vergleichsweise *höchsten* Konsens
unter Schweizer Ökonomen

Rang (1 = höchster Konsens 10 = niedrigster Konsens)	Standar- disiertes relatives Entropie- mass Q	Aussage		Antworten	
		Nr.	Wortlaut	Uneinge- schränkt JA %	NEIN %
1	0,27	14	«Bei Konkurrenz vieler kleiner Firmen wird unternehmerische Initiative verunmöglicht.»	2,0	89,9
2	0,62	37	«Das Budget der Zentralregierung soll über den Konjunkturzyklus – und nicht in jedem Jahr – ausgeglichen werden.»	65,4	8,0
3	0,63	22	«Lohn- und Preiskontrollen sollten zur Inflationsbekämpfung eingesetzt werden.»	8,5	61,3
4	0,66	38	«Die grundlegende Ursache für die Ölpreisteigerung in den letzten fünf Jahren ist die Monopolmacht der grossen Ölgesellschaften.»	10,1	58,2
5	0,67	4	«Für die Geldpolitik stellt die Beeinflussung des Geldangebots ein wichtigeres Ziel dar als die Beeinflussung der Zinssätze.»	62,9	9,5
6	0,68	11	«Öffentliche Unternehmen sind (mit wenigen Ausnahmen) weniger effizient als private Unternehmen.»	58,3	14,1
7	0,68	6	«Flexible Wechselkurse stellen für die internationalen Währungsbeziehungen eine wirksame Regelung dar.»	52,5	7,6
8	0,70	3	«Die maximale Schadstoffabgabe sollte den einzelnen Unternehmungen vorgeschrieben werden.»	57,3	13,1
9	0,73	42	«Konsumentenschutzgesetze vermindern im allgemeinen die wirtschaftliche Effizienz.»	18,1	55,8
10	0,73	30	«Konjunkturbewegungen lassen sich nur dann adäquat analysieren, wenn geschichtliche Ereignisse berücksichtigt werden.»	53,3	11,2

Anmerkung: Je kleiner das Entropiemass, desto höher ist der Konsensgrad.

2. Worin sind sich die Schweizer Ökonomen einig?

In Tabelle 1 sind diejenigen 10 Aussagen (etwa ein Viertel) aufgeführt, die den vergleichsweise höchsten Konsensgrad aufweisen¹⁵.

Diese Aussagen können in vier Gruppen eingeteilt werden:

(a) Bekenntnis zum Wettbewerb

Die befragten Schweizer Ökonomen scheinen sich weitgehend darin einig zu sein, dass Wettbewerb wünschenswert ist. Sie sind überwiegend der Ansicht, dass unternehmerische Initiative unter den Bedingungen einer Wettbewerbswirtschaft möglich ist (sie lehnen Aussage 14 zu nahezu 90 % ab) und dass flexible Wechselkurse die internationalen Währungsbeziehungen wirksam regeln (Zustimmung zu Aussage 6 mit 52,5 % JA gegenüber 7,6 % NEIN). Auch die Ablehnung von Aussage 38, dass nicht die Monopolmacht der Ölgesellschaften für die hohe Ölpreissteigerung verantwortlich gemacht werden kann (über 58 % NEIN-Stimmen), mag darauf hindeuten, dass die Schweizer Ökonomen an eine Preisbildung aufgrund von Nachfrage und Angebot, nicht aber an eine «Verschwörung» der internationalen Ölgesellschaften glauben.

(b) Differenzierte Einschätzung staatlicher Aktivität

Unter den Schweizer Ökonomen ist keine grundsätzliche Staatsfeindlichkeit festzustellen. Sie scheinen nicht anzunehmen, dass jeglicher Staatseingriff in den Wirtschaftsablauf schädlich ist und deshalb unterbleiben soll. Es besteht wenig Verständnis für die Vorstellung, dass Konsumentenschutzgesetze die wirtschaftliche Effizienz vermindern (56 % NEIN-Stimmen bei Aussage 42). Ähnlich befürworten sie überwiegend, dass den einzelnen Unternehmen zum Schutze der Umwelt eine maximale Schadstoffabgabe vorgeschrieben werden sollte (Zustimmung zu Aussage 3 mit 57 % JA). Sie scheinen in diesen direkten Eingriff offenbar mehr Vertrauen zu haben als in die Alternative einer Emissionssteuer, deren Überlegenheit gegenüber der Festlegung von Verschmutzungsobergrenzen kontrovers ist (relativ hoher Dissens bei Aussage 27, Anhang B). Weitgehend einig scheinen sie sich auch darüber zu sein, dass das Budget der Zentralregierung nicht in jedem Jahr, sondern über den Konjunkturzyklus ausgeglichen werden solle (65 % JA zu Aussage 37).

¹⁵ Die Aussage mit dem niedrigsten Entropiemass ($q = 0,27$ bei Aussage 14), d.h. mit dem höchsten Konsensgrad, steht an der ersten Stelle der Rangskala. Die Werte der relativen Entropie können *nicht* linear zwischen 0 und 1 interpretiert werden. Ein Wert von 0,73 bedeutet z.B., dass sich über 50 % uneingeschränkt oder eingeschränkt für oder gegen eine Aussage entschieden haben.

Die Befragten wenden sich in grosser Zahl gegen die Einführung von Lohn- und Preiskontrollen zur Inflationsbekämpfung (Ablehnung von Aussage 22 mit 61 % NEIN). 58 % der Schweizer Ökonomen halten öffentliche Unternehmen für weniger effizient als private Unternehmen (Zustimmung zu Aussage 11).

Die vorsichtige, aber nicht grundsätzliche Ablehnung staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsablauf spiegelt sich auch in der mehrheitlichen Ablehnung von drei weiteren Aussagen wieder. Die Schweizer Ökonomen halten die Produktion von gefährlichen Gütern in staatseigenen Betrieben für unnötig (Ablehnung von Aussage 34 mit rund 50 % NEIN, Anhang B). Damit wird wie bei Aussage 11 eine staatliche *Produktion* eher abgelehnt. Es sei hingegen daran erinnert, dass die Befragten durchaus für *direkte Eingriffe* auf den Gebieten des Konsumenten- und Umweltschutzes sind (Aussagen 42 und 43). Die Ablehnung eines Vorgehens gegen die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften (Ablehnung von Aussage 43 mit 51 % NEIN; Anhang B) bestätigt die bereits festgestellte Zurückweisung staatlicher Eingriffe in die Preis- und Tarifautonomie (Aussage 22). Neuen Lösungen im Bereich der Sozialpolitik scheint man eher skeptisch gegenüberzustehen, zumindest wird die Einführung einer «Negativen Einkommensteuer»¹⁶ mehrheitlich verworfen (53 % NEIN zu Aussage 21, Anhang B).

(c) Unterstützung einer mengenorientierten Geldpolitik

63 Prozent der Schweizer Ökonomen sind sich darin einig, dass für die Geldpolitik die Beeinflussung der Geldmenge ein wichtigeres Ziel darstellt als die Beeinflussung der Zinssätze (Aussage 4). Die für die monetaristische Lehre zentrale Aussage 26, wonach die Zentralbank angewiesen werden sollte, die Geldmenge mit konstanter Rate wachsen zu lassen, und Aussage 19, wonach Inflation vorwiegend ein monetäres Phänomen sei, sind dagegen eher umstritten (vgl. Anhang B).

(d) Historische Betrachtung

Die Schweizer Ökonomen sind sich weitgehend darin einig, dass Konjunkturbewegungen ohne Berücksichtigungen der geschichtlichen Ereignisse kaum adäquat analysiert werden können (Zustimmung zu Aussage 30 mit 53 % JA). Bei der

¹⁶ Bei einer negativen Einkommensteuer erhalten diejenigen Personen, deren Einkommen unterhalb einer bestimmten Grenze liegt, von der Steuerbehörde automatisch eine dem Ausmass der Armut entsprechende Transferzahlung (negative Steuer). Dieses Verfahren hat – im Vergleich zum heute bestehenden System von Unterstützungsleistungen – den Vorteil, dass es nicht nur billiger ist, sondern weniger diskriminiert und nur diejenigen unterstützt, die tatsächlich arm sind. Aus diesem Grunde sollten nach Ansicht der Vertreter dieser Methode auch die meisten anderen sozialpolitischen Massnahmen entfallen. Vgl. z. B. Silvio Borner, Die negative Einkommenssteuer, *Wirtschaft und Recht* 25 (1973).

analogen Aussage im Hinblick auf die Inflation (Aussage 9, Anhang B) besteht hingegen weit weniger Konsens, möglicherweise weil die starken Schwankungen in den Inflationsraten in den letzten Jahren die Bedeutung aktueller Inflationsgründe nahelegen. Die Schweizer Ökonomen sind nicht der Ansicht, dass bei der Analyse moderner Industriegesellschaften auf die Unterscheidung von Klassen (Schichten) verzichtet werden kann (Ablehnung von Aussage 44 mit 56 % NEIN, Anhang B), und sie sind der Meinung, dass sich der Ökonom auch mit Problemen der politischen Durchsetzung und der praktischen Anwendung seiner theoretischen Vorstellungen befassen soll (Ablehnung von Aussage 25 mit 51 %, Anhang B).

Tabelle 2:
Die 10 Aussagen mit dem vergleichsweise *niedrigsten* Konsens
unter Schweizer Ökonomen

Rang (1 = höchster Dissens 10 = niedrigster Dissens)	Standar- disierter relatives Entropie- mass Q	Aussage	
		Nr.	Wortlaut
1	0,93	5	Geldtransfers sind Sachtransfers überlegen.
2	0,89	23	Die neoklassische Theorie ist die einzig taugliche Grundlage der Mikroökonomie.
3	0,86	15	Die Einkommensverteilung in entwickelten Industrieländern sollte gleichmässiger sein.
4	0,84	36	Eine Verminderung des Einflusses von Regulierungsbehörden (z. B. im Luftverkehr) würde die Effizienz der Wirtschaft steigern.
5	0,84	40	In entwickelten Industriegesellschaften ist die Einkommensverteilung eine legitime Aufgabe für die Regierung.
6	0,84	26	Die Zentralbank sollte angewiesen werden, die Geldmenge mit konstanter Rate wachsen zu lassen.
7	0,84	16	Der nutzenmaximierende homo oeconomicus ist ein Zerrbild der Wirklichkeit und deshalb unbrauchbar.
8	0,84	10	Ein Minimallohn erhöht die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen und den ungelernten Arbeitnehmern.
9	0,82	41	Kurzfristig kann die Arbeitslosigkeit verringert werden, indem die Inflationsrate erhöht wird.
10	0,82	19	Inflation ist vorwiegend ein monetäres Phänomen.

Anmerkung: Je höher das Entropiemass, desto weniger sind die Schweizer Ökonomen einig (hoher Dissens).

3. Worüber bestehen unterschiedliche Meinungen?

In Tabelle 2 sind diejenigen Aussagen aufgeführt, über die unter den Schweizer Ökonomen weniger Einigkeit besteht.

Der vergleichsweise stärkste Dissens besteht darüber, ob Geldtransfers Sachtransfers vorzuziehen sind (Aussage 5) und ob die neoklassische Theorie die einzig taugliche Grundlage der Mikroökonomie darstellt (Aussage 23). Besonders bemerkenswert ist, dass die Forderung nach einer gleichmässigeren Einkommensverteilung in Industrieländern (Aussage 15) und die Legitimität staatlicher Eingriffe in die Einkommensverteilung (Aussage 40) umstritten sind. Die Schweizer Wirtschaftswissenschaftler scheinen – wie bereits erwähnt – gegenüber staatlichen Interventionen eine differenzierte Sicht einzunehmen. Aus diesem Grund besteht wohl auch keine einhellige Meinung darüber, ob ein Abbau von staatlichen Regulierungen die Effizienz der Wirtschaft erhöhen würde (Aussage 36, Anhang B), noch ein Konsens darüber, ob inflationsgesicherte Anleihen (Aussage 29; $q=0,82$) eingeführt werden sollen. Auch hinsichtlich der in der Fragestellung angedeuteten negativen Auswirkungen eines Minimallohns sind die Schweizer Ökonomen keineswegs einer Meinung (Aussage 10). Sehr unterschiedliche Ansichten bestehen schliesslich dazu, ob der nutzenmaximierende homo oeconomicus als Zerrbild der Wirklichkeit anzusehen und deshalb unbrauchbar sei (Aussage 16).

4. Welchen Lehrmeinungen neigen Schweizer Ökonomen zu?

In der Ökonomie lassen sich zwei grosse Lager von Lehrmeinungen – oder wie man heute häufiger sagt: Paradigmen – unterscheiden: Die *Neoklassik* und der *Keynesianismus*. Sie überschneiden sich zwar in mancherlei Hinsicht, jedes dieser Lager verfügt unseres Erachtens jedoch über genügend ausgeprägte abweichende Vorstellungen, dass eine Abgrenzung sinnvoll erscheint¹⁷.

¹⁷ Jürg Niehans ist anderer Meinung, für ihn gibt es nur die Neoklassik: "The common core (in economics, die Autoren) has been named 'neoclassical economics'. This is misleading in as much as it would seem to indicate there are other, alternative variants of modern economics. In fact, there are none, neoclassical economics, for better or worse, is the only one we've got". Economics: History, Doctrine, Science, Art, loc. cit. S. 170. Ein so kompetenter Wissenschaftstheoretiker wie Mark Blaug findet hingegen so viele unterschiedliche Lehrmeinungen, dass er sogar befürchtet: "We seem to be entering an era in which there will be too many, rather than too few, competing economic research programs". *The Methodology of Economics, or How Economists Explain*. Cambridge University Press, Cambridge, 1980, S. 263f.

(a) Neoklassik

Das *neoklassische* Lager zeichnet sich vor allem durch eine klar definierte mikroökonomische Theorie aus und wird von den Vertretern des *Monetarismus*¹⁸ und der *Angebotsökonomik*¹⁹ («supply side economics») in sehr hohem Masse verwendet.

Wir gehen davon aus, dass ein der neoklassischen Theorie verpflichteter Ökonom beispielsweise der Aussage 10 zustimmen wird, wonach ein Minimallohn eine erhöhte Arbeitslosigkeit bei den Gruppen mit geringer Arbeitsproduktivität – d.h. vor allem bei Jugendlichen und Ungelernten – bewirkt²⁰. Diese Aussage gilt jedoch unter Schweizer Ökonomen als umstritten (36 % antworten mit uneingeschränkt JA, 31 % mit eingeschränkt JA und 32 % mit NEIN). Etwas erstaunlich ist, dass der auf den gleichen Überlegungen aufbauenden Aussage 24 über die negativen Auswirkungen der Mietzinskontrolle weitgehend zugestimmt wird (47 % uneingeschränkt JA, 33 % eingeschränkt JA und 20 % NEIN). 40 % lehnen es ab, die Neoklassik als einzig taugliche Grundlage der Mikroökonomie anzusehen (Aussage 23). Gegenüber dem *homo oeconomicus* (Aussage 16) sind sie etwas freundlicher eingestellt, denn immerhin 37 % scheinen ihn als durchaus brauchbares Konzept zu betrachten. Aus diesen Antworten schliessen wir, dass die Schweizer Ökonomen schwerlich als überzeugte Neoklassiker angesehen werden können und dass sie einen Alleinanspruch dieser Lehrmeinung ablehnen, aber durchaus bereit sind, den Denkstil und die Ergebnisse dort zu übernehmen, wo sie es als sinnvoll erachten.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass Schweizer Ökonomen gegenüber der *monetaristischen Lehre* eine etwas skeptische Haltung einzunehmen scheinen. Sie sind sich uneins, ob die Inflation als monetäres Phänomen bezeichnet werden kann (31 % uneingeschränkt JA und 33 % NEIN zu Aussage 19). 45 Prozent lehnen es sogar ab, dass die Zentralbank die Geldmenge mit konstanter Rate wachsen lassen soll (Aussage 26) – viele sprechen ihr immerhin die Fähigkeit hierzu zu (33 %

¹⁸ Der Ausdruck stammt von Karl Brunner, *The Role of Money and Monetary Policy*, *Review of the Federal Reserve Bank of St. Louis*, 50 (1968). Vgl. vom gleichen Autor insbesondere auch *The Monetarist Revolution in Monetary Theory*, *Weltwirtschaftliches Archiv*, 104 (1970) und *A Survey of Selected Issues in Monetary Theory*, *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 107 (1971). Eine vorzügliche Darstellung der monetaristischen Position findet sich im bereits zitierten Lehrbuch von Robert Gordon, *Macroeconomics*, Kap. 12.

¹⁹ Vgl. z.B. Kenneth P., Jameson, *Supply Side Economics: Growth versus Income Distribution*, *Challenge* 23 (Nov./Dec. 1980).

²⁰ Vgl. insbesondere George J. Stigler, *Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Mindestlohngesetzgebung*, in: Bernhard Külpe und Wilfried Schreiber (Hrsg.) *Arbeitsökonomie*, Kiepenheuer und Witsch, Köln, 1972, S. 405–414; für *empirische* Untersuchungen vgl. z.B. Thomas G. Moore, *The Effect of Minimum Wages on Teenager Unemployment Rates*, *Journal of Political Economy* 79 (1971) oder Jacob Mincer, *Unemployment Effects of Minimum Wages*, *Journal of Political Economy* 84 (1976).

uneingeschränkt JA und 50 % eingeschränkt JA gegenüber 14 % NEIN zu Aussage 35) – und sie sehen es für sinnvoller an, die Geldmenge anstelle der Zinssätze zu kontrollieren (63 % uneingeschränkt JA, 10 % NEIN zu Aussage 4). Daraus folgern wir, dass die Schweizer Ökonomen einen pragmatischen Monetarismus etwa im Sinne der Politik der Schweizerischen Nationalbank teilen, bei der die Geldexpansion nach Massgabe der erwarteten zukünftigen Konjunkturlage jeweils am Jahresanfang festgelegt wird.

Die Schweizer Ökonomen scheinen die *Angebotsökonomik* abzulehnen, gemessen an den Aussagen, dass eine hinreichende Arbeitsleistung nur unter dem Druck drohender Entlassung erzielt werden kann und dass – unter den heutigen Bedingungen – die Arbeitsanreize durch die Einkommensteuer wesentlich vermindert werden (jeweils mehr als ein Drittel NEIN zu weniger als ein Viertel uneingeschränkt JA bei den Aussagen 28 und 33). Ob die Staatsausgaben gesenkt werden sollen (Aussage 31) ist umstritten, immerhin sprechen sich 39 % ohne Einschränkung dafür aus, jedoch sind auch 27 % dagegen. Insgesamt lässt sich kaum sagen, dass die Wirtschaftswissenschaftler in der Schweiz den für die amerikanischen Verhältnisse aufgestellten Thesen und Forderungen der Angebotsökonomien²¹ folgen.

(b) Keynesianismus

Das «*keynesianische*» Lager ist eher makroökonomisch orientiert und wurde in den 70er Jahren in Form des *Post-Keynesianismus*²² weiterentwickelt. Die heute eher als Nebenzweig geltende Richtung des Post-Keynesianismus teilt manche grundlegende Auffassung mit den *Unorthodoxen*²³, die eine bewusst von der Neoklassik abweichende Position vertreten.

Die Schweizer Ökonomen können insofern als Keynesianer angesehen werden, als sie überwiegend der Meinung sind, Fiskalpolitik wirke in einer nicht-

²¹ Diese werden in dem von Arthur B. Laffer und Jan P. Seymour herausgegebenen Sammelband verdeutlicht: *The Economics of the Tax Revolt: A Reader*. Harcourt, Brace and Jovanovich, New York, 1979.

²² Eine Übersicht geben Alfred S. Eichner und J. A. Kregel, *An Essay in Post-Keynesian Theory: A New Paradigm in Economics*, *Journal of Economic Literature* 13 (1975), J. A. Kregel, *The Reconstruction of Political Economy: An Introduction to Post-Keynesian Economics*. Wiley, London, 1973. Eine Variante des Post-Keynesianismus ist die vor allem durch Joan Robinson angeregte Cambrider Kapitaltheorie, vgl. dazu Geoffrey Harcourt, *Some Cambridge Controversies in the Theory of Capital*. Cambridge University Press, Cambridge, 1972 und Mark Blaug, *The Cambridge Revolution: Success or Failure?* Institute of Economic Affairs, London, 1975.

²³ Zu den Unorthodoxen sind heute Ökonomen wie John Kenneth Galbraith, Albert O. Hirschmann, Kenneth Boulding und Gunnar Myrdal zu zählen, früher Joseph A. Schumpeter und Thorstein Veblen. Die gemeinsamen Merkmale werden erörtert bei Bruno S. Frey, *Moderne Politische Ökonomie*, Piper, München, 1977.

vollbeschäftigten Wirtschaft expansiv (42 % uneingeschränkt JA versus 12 % NEIN bei Aussage 13)²⁴. Vor allem besteht darin Konsens, dass das Budget nicht in jedem Jahr, sondern über einen Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichen werden soll (65 % uneingeschränkt JA zu Aussage 37).

Das für *Post-Keynesianer* zentrale Element der Einkommenspolitik – zumindest in Form von Lohn- und Preiskontrollen – wird von den Schweizer Ökonomen deutlich abgelehnt (61 % NEIN zu Aussage 22). Die Notwendigkeit einer makro-ökonomischen Planung ist umstritten (Aussage 32). Die Aussage, dass bei der Analyse von Industriegesellschaften auf eine Unterscheidung von Schichten und Klassen²⁵ verzichtet werden könne, wird mehrheitlich verworfen (56 % NEIN und 16 % JA zu Aussage 44).

Auch wenn kein Konsens herrscht, scheinen viele Schweizer Ökonomen den *unorthodoxen Ökonomen* zuzuneigen, denn sie stimmen der Galbraithschen Sicht des «corporate state» (Aussage 8) weitgehend zu (nur 18 % sprechen sich dagegen aus, während sich 28 % Galbraith uneingeschränkt anschliessen). Offensichtlich wird der Beitrag der traditionellen neoklassischen Theorie zur Analyse von Grossunternehmen und der Multinationalen als unzureichend empfunden; allerdings besteht gegenüber der Analyse von Galbraith auch einige Skepsis (53 % stimmen ihr nur mit Einschränkung zu).

IV. Gibt es Unterschiede zwischen Berufsgruppen?

Im Rahmen der Umfrage werden vier Berufsgruppen unterschieden: Die Gruppe der ordentlichen Professoren, die rund ein Viertel (24,6 %) der Antwortenden umfasst; die anderen Angehörigen des Lehrkörpers (Dozenten und Assistenten), die 12,6 % betragen; die im öffentlichen Dienst (ausserhalb der Hochschule) Beschäftigten mit 25,6 % und die Gruppe der in der Privatwirtschaft Tätigen, die 37,2 % ausmacht. Die Berufsgruppen können sich im Grad des

²⁴ Die Hypothese «rationaler Erwartungen» – wonach eine systematische Fiskal- (und Geld-) Politik auch kurzfristig unwirksam ist, weil die Individuen die staatlichen Massnahmen antizipieren – scheint somit abgelehnt zu werden. Vgl. dazu z.B. den Übersichtsaufsatz von Brian Kantor, *Rational Expectations and Economic Thought*, *Journal of Economic Literature* 27 (1979) oder Manfred J. M. Neumann, *Rationale Erwartungen in Makromodellen. Ein kritischer Überblick*, *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 99 (1979).

²⁵ Es sei daran erinnert, dass die Unterscheidung von Schichten oder Klassen («Arbeiter» und «Kapitalisten») die post-keynesianische/Cambridger Verteilungstheorie wesentlich von der neoklassischen Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung unterscheidet. Vgl. Nicholas Kaldor, *Alternative Theories of Distribution*, *Review of Economic Studies* 23 (1955/56), Luigi L. Pasinetti, *Rate of Profit and Income Distribution in Relation to the Rate of Economic Growth*, *Review of Economic Studies* 29 (1961/62).

Konsenses/Dissenses *innerhalb* jeder Gruppe (Abschnitt 1) oder auch *zwischen* den Gruppen (Abschnitt 2) unterscheiden.

Bei drei Aussagen – dass die Konkurrenz vieler kleiner Firmen unternehmerische Initiative nicht verunmöglicht (Aussage 14), dass Lohn- und Preiskontrollen unerwünscht sind (Aussage 22) und dass ein Budgetausgleich über den Konjunkturzyklus angestrebt werden soll (Aussage 37) – besteht sowohl innerhalb als auch zwischen den Gruppen in hohem Masse Konsens. Ein hoher Grad an Dissens – und damit Uneinigkeit in allen Berufsgruppen – besteht nur hinsichtlich der Forderung nach einer gleichmässigeren Einkommensverteilung (Aussage 15), des Vorschlags eines konstanten Geldmengenwachstums (Aussage 26) und der Überlegenheit von Geld- gegenüber Sachtransfers (Aussage 5).

1. Konsens und Dissens innerhalb jeder Berufsgruppe²⁶

(a) Professoren

Die Professoren sind sich mehrheitlich einig, dass eine Mietzinskontrolle und ein Minimallohn negative Auswirkungen haben (Aussagen 24 und 10). Sie können jedoch schwerlich als *Neoklassiker* bezeichnet werden, denn sie sind nicht eindeutig der Meinung, dass die neoklassische Theorie die einzig sinnvolle Grundlage der Mikroökonomie ist (Aussage 23). Auch der *Monetarismus* wird von den Ordinarien eher abgelehnt; 40 % unter ihnen verwerfen die Interpretation der Inflation als vorwiegend monetäres Phänomen (Aussage 19); 45 % sind dagegen, dass die Zentralbank eine konstante Geldmengenexpansion festlegen soll (Aussage 26).

Noch skeptischer sind die Schweizer Professoren gegenüber der *Angebotsökonomik*, denn nur 22 % sind der Meinung, dass die heute in entwickelten Industrieländern bestehende Einkommensbesteuerung die Arbeitsanreize wesentlich vermindert (Aussage 33). Sie können am ehesten als *Keynesianer* bezeichnet werden, denn die Vorstellung einer wirksamen expansiven Fiskalpolitik (Aussage 13) und des mehrjährigen Budgetausgleichs (Aussage 37) finden bei 64 % bzw. 70 % der befragten Ordinarien uneingeschränkt Zustimmung. Die *unorthodoxen* Auffassungen von Galbraith (Aussage 8) sind umstritten, werden aber nicht rundweg verworfen.

²⁶ Die Aussagen mit hohem Konsens-/Dissensgrad wurden anhand des standardisierten relativen Entropiemasses q bestimmt. Die vollständigen Ergebnisse der Auswertung können auf Anfrage von den Autoren bezogen werden.

(b) Andere Angehörige des Lehrkörpers

Unter den Dozenten und Assistenten besteht darüber Konsens, dass ein Ökonom nicht nur den Auswirkungen wirtschaftspolitischer Massnahmen, sondern auch deren politischer Durchsetzung und praktischer Anwendung Aufmerksamkeit schenken soll (Aussage 25). Sie haben damit nach unserer Meinung einen Hang zur (modernen) Politischen Ökonomie. Sie wenden sich entschieden gegen (bestimmte) *neoklassische* Vorstellungen. Vor allem bestreiten 43 % von ihnen die negativen Auswirkungen eines Minimallohns (Aussage 10) und sogar 57 % verwerfen die Neoklassik als einzige Grundlage der Mikroökonomie (Aussage 23). Sie sind sich recht einig in der Ablehnung des *Monetarismus* (z.B. wird Aussage 19, wonach Inflation vorwiegend ein monetäres Phänomen sei, von 61 % zurückgewiesen) und noch deutlicher sind sie gegen die *Angebotsökonomik*. Auch wenn – wie bereits berichtet – die Fiskalpolitik umstritten ist, sind sie insofern *Keynesianer*, als sie dezidiert für einen mehrjährigen Budgetausgleich eintreten (Aussage 37). Die *post-keynesianischen* Vorstellungen zu Preis- und Lohnkontrollen und zur Makroplanung (Aussagen 22 und 23) werden eher abgelehnt. Die Dozenten und Assistenten haben eine Schwäche für *unorthodoxe* Ansätze, denn Galbraiths Sicht der Grossunternehmen (Aussage 8) wird von immerhin 35 % entschieden bejaht.

(c) Ökonomen im öffentlichen Dienst

Die Angehörigen dieser Gruppe sind mehrheitlich der Ansicht, dass auf eine Schichten- und Klassenanalyse nicht verzichtet werden kann (Aussage 44). Stark umstritten ist dagegen, ob staatliche Regulierung die wirtschaftliche Effizienz behindert (Aussage 36). Die Emissionssteuer ist ebenfalls umstritten; deren theoretisch abgeleiteten und empirisch überprüften positiven Wirkungen auf die statische und dynamische Effizienz²⁷ können (oder wollen) offensichtlich nur wenige Glauben schenken.

Gegenüber der *Neoklassik* sind die Angehörigen des öffentlichen Dienstes eher skeptisch eingestellt; der in Aussage 23 aufgestellte Alleinanspruch wird mehrheitlich zurückgewiesen. Bemerkenswert ist die recht hohe Zustimmung (37 % uneingeschränkt und 35 % eingeschränkt JA) zur Vorstellung der Inflation als monetäres Phänomen (Aussage 19); ansonsten wird der *Monetarismus* jedoch abgelehnt. Die *Angebotsökonomik* wird ganz entschieden verworfen, was nicht zuletzt aus der

²⁷ Vgl. z.B. William J. Baumol and Wallace E. Oates, *The Theory of Environmental Policy*, Prentice Hall, Englewood Cliffs 1975; Horst Siebert, *Ökonomische Theorie der Umwelt*, Mohr, Tübingen 1978.

Interessenlage der öffentlich Bediensteten verständlich ist: 51 % verneinen, dass nur dann eine hohe Arbeitsleistung erbracht wird, wenn eine Entlassung möglich ist (Aussage 28) und 43 % sind gegen eine Reduktion der Staatsausgaben (Aussage 31). Am ehesten könnte man die Ökonomen im Staatsdienst als *Keynesianer* bezeichnen, finden doch die Aussagen 13 über die Wirkung der Fiskalpolitik und 37 über den mehrjährigen Budgetausgleich auch bei ihnen hohe Zustimmung. Sie sind keine Interventionisten im Sinne der *Post-Keynesianer*, denn sie lehnen Lohn- und Preiskontrollen (Aussage 22) mit grosser Mehrheit ab. Breite Zustimmung finden die *unorthodoxen* Gedanken von Galbraith (Aussage 8).

(d) Ökonomen in der Privatwirtschaft

Bei dieser Berufsgruppe besteht weitgehend Konsens darüber, dass der marktwirtschaftliche Wettbewerb funktionsfähig ist. So bestreiten 90 % unter ihnen, dass unternehmerische Initiative in kleinen Firmen nicht möglich sei (Aussage 14), 62 % halten flexible Wechselkurse uneingeschränkt für wirksam (Aussage 6) und 88 % sind ohne Einschränkung der Meinung, dass öffentliche Unternehmen weniger effizient seien als private (Aussage 11). In dieser Hinsicht folgen die Ökonomen in der Privatwirtschaft den *neoklassischen* Auffassungen. Gleichwohl können sie kaum als überzeugte Neoklassiker bezeichnet werden, denn die Antworten zu den Aussagen 23 über die neoklassische Theorie und 44 über die Notwendigkeit einer Schichtenanalyse sind nicht einhellig. Sie sind auch nicht Anhänger des *Monetarismus*, lehnt doch beinahe die Hälfte ab, dass die Geldmenge mit konstanter Rate wachsen soll (Aussage 26). Hinsichtlich der *Angebotsökonomik* sind die Auffassungen geteilt; starke Unterstützung findet sich nur für eine Verminderung der Staatsausgaben (Aussage 31). Die *post-keynesianische* Sicht wird deutlich abgelehnt, insbesondere sind 61 % der Auffassung, dass auf Lohn- und Preiskontrollen (Aussage 22) verzichtet werden soll. Gegenüber den *unorthodoxen* Ideen von Galbraith (Aussage 8) sind die Ökonomen in der Privatwirtschaft eher sképtisch.

2. Vergleich zwischen Berufsgruppen

Als Kriterium dafür, ob zwischen den Berufsgruppen statistisch signifikant unterschiedliche Antworten bestehen, wird der t-Test (99 % Sicherheitsniveau, zweiseitig getestet) zugezogen. In Tabelle 3 sind diejenigen Aussagen aufgeführt, bei denen ein Dissens zwischen den verschiedenen Berufsgruppen vorliegt. Die angegebenen Mittelwerte beziehen sich auf die gewichteten Antworten der

Tabelle 3:
Unterschiede in der Beantwortung nach Berufsgruppen;
Vergleich der Mittelwerte

Nr.	Aussage Wortlaut (gekürzt)	Professoren versus öffentlicher Dienst (1)	Professoren versus Privat- wirtschaft (2)	Assistenten/ Dozenten versus öff. Dienst (3)	Assistenten/ Dozenten versus Privat- wirtschaft (4)	öff. Dienst versus Privat- wirtschaft (5)
8	Galbraiths Ansichten sind korrekt	2,05 : 1,65				1,65 : 1,96
11	Öffentliche Unternehmen sind weniger effizient		1,68 : 1,20		1,74 : 1,20	1,94 : 1,20
13	Fiskalpolitik wirkt expansiv	1,38 : 1,83	1,38 : 1,75			
17	Antitrust-Gesetzgebung		1,66 : 2,06		1,57 : 2,06	1,69 : 2,06
19	Inflation als monetäres Phänomen			2,52 : 1,92	2,52 : 1,86	
21	Negative Einkommenssteuer		2,00 : 2,53			
23	Neoklassik als Grundlage					2,57 : 2,18
24	Mietzinskontrolle verschlechtert das Wohnungsangebot					1,92 : 1,57
28	Entlassungsmöglichkeit erhöht Leistung				2,43 : 1,96	
31	Reduktion der Staatsausgaben		2,04 : 1,51		2,26 : 1,51	2,16 : 1,51
33	Besteuerung hemmt Arbeitsanreize		2,34 : 1,89			
40	Einkommensumverteilung als Regierungsaufgabe		1,65 : 2,23		1,50 : 2,23	1,71 : 2,23
42	Konsumentenschutz vermindert Effizienz		2,60 : 2,10			2,55 : 2,10
43	Einschränkung der Gewerkschaftsmacht		2,50 : 2,04		2,59 : 2,04	2,54 : 2,04

Anmerkung: Der Mittelwertberechnung liegt folgende Gewichtung zugrunde: 1 = uneingeschränkt JA, 2 = eingeschränkt JA, 3 = NEIN. Es sind nur jene Mittelwertvergleiche angeführt, bei denen ein statistisch signifikanter Unterschied zwischen den Mittelwerten besteht (t-Test auf dem 99% Sicherheitsniveau, zweiseitig getestet).

jeweiligen Berufsgruppe (Die Gewichtung ist 1 = für uneingeschränkt JA, 2 = für eingeschränkt JA und 3 = für NEIN)²⁸.

Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, finden die *unorthodoxen* Auffassungen von Galbraith signifikant stärkere Unterstützung durch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als durch die Gruppe der Professoren und die in der Privatwirtschaft Tätigen (Aussage 8). Wie zu erwarten, sind die Beschäftigten in der Privatwirtschaft deutlich stärker für eine Lösung mit Hilfe des Marktsystems und gegen Staatseingriffe als die Angehörigen aller anderen Berufsgruppen: Sie scheinen davon überzeugt, dass öffentliche Unternehmen weniger effizient sind als private (Aussage 11), und sie beurteilen eine Antitrust-Gesetzgebung und Konsumentenschutzgesetze (Aussage 17 und 42) eher negativ im Vergleich zu den anderen Ökonomen. Eine Einkommensumverteilung durch den Staat lehnen sie ebenfalls deutlich stärker ab (Aussage 40). Auch sprechen sie sich in höherem Masse für eine Einschränkung der Gewerkschaftsmacht aus (Aussage 43).

Ähnlich wie das Preissystem wird die *Angebotsökonomik* von den in der Privatwirtschaft tätigen Ökonomen weit mehr unterstützt als von den Angehörigen der anderen Berufsgruppen; so fordern sie deutlich stärker eine Reduktion der Staatsausgaben (Aussage 31) und im Gegensatz zu den Professoren sowie den Dozenten und Assistenten sind sie eher der Meinung, dass erst die Möglichkeit einer Entlassung die Leistung der Arbeitnehmer erhöht und dass die Arbeitsanreize durch die gegenwärtige Einkommensbesteuerung gehemmt werden (Aussage 28 und 33). Im Vergleich zu den Beschäftigten im öffentlichen Dienst lehnen sie die *Neoklassik* als einzig taugliche Grundlage für die Ökonomie weniger ab (Aussage 23), und sie heben die negativen Wirkungen einer Mietzinskontrolle stärker hervor (Aussage 24).

Die im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft Beschäftigten befürworten die *keynesianische* Sicht, dass eine Fiskalpolitik in einer nicht vollbeschäftigten Wirtschaft expansiv wirkt (Aussage 13) weit weniger als die Professoren, und sie stehen der monetaristischen Auffassung einer monetär bestimmten Inflation näher als die Dozenten und Assistenten (Aussage 19).

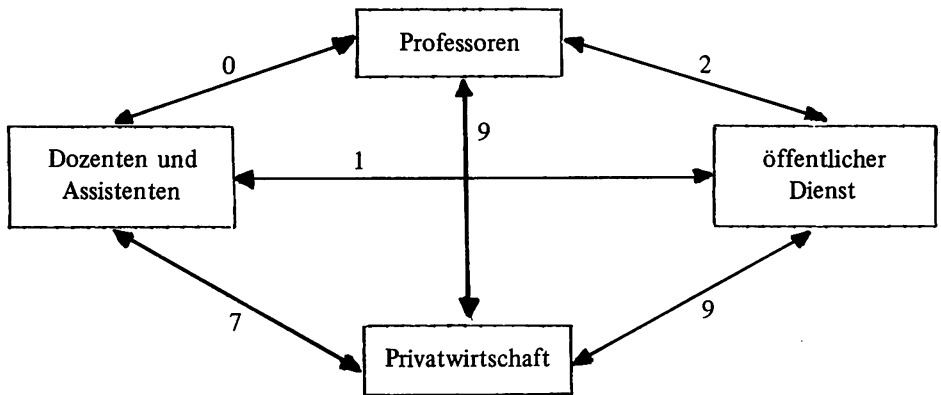
Die negative Einkommensteuer wird von den Professoren positiver beurteilt als von den in der Privatwirtschaft tätigen Ökonomen, doch auch sie stehen einer

²⁸ Da keinerlei Information über die relative Intensität des Zustimmung-/Ablehnungsgrads vorliegt, erhält jede Antwortmöglichkeit das gleiche Gewicht (d.h. die numerische Distanz zwischen ihnen ist dieselbe). Die Aussage von Tabelle 3 (und Figur 1) ändert sich jedoch auch dann nicht, wenn stark veränderte Gewichte verwendet werden. Wird z.B. die Ablehnung wesentlich stärker gewichtet (mit NEIN = 6), dann wird nur eine Meinungsverschiedenheit hinfällig (zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft zu Aussage 17). Wird umgekehrt die Zustimmung erheblich stärker gewichtet (uneingeschränktes JA = -2), wird davon keine der in Tabelle 3 ausgewiesenen Meinungsverschiedenheiten berührt. Erwartungsgemäss treten bei derartigen Gewichtsänderungen in beiden Fällen eine Reihe zusätzlicher Meinungsunterschiede auf. Die Relationen der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Berufsgruppen bleibt jedoch weitgehend bestehen.

Umgestaltung des Systems der sozialen Wohlfahrt in diese Richtung skeptisch gegenüber (Mittelwert 2,0 bei Aussage 21).

Aus Tabelle 3 geht insgesamt hervor, dass die in der Privatwirtschaft Beschäftigten die meisten «Konflikte» (im Sinne abweichender Antworten) mit den anderen Berufsgruppen haben. Anschaulich ist dies in Figur 1 dargestellt.

Figur 1:
Die Konfliktstruktur zwischen den Berufsgruppen



Die in der Privatwirtschaft Beschäftigten weichen bei je 9 Aussagen signifikant von der Meinung der Ordinarien und der im öffentlichen Dienst tätigen Wirtschaftswissenschaftler ab; bei 7 Aussagen besteht Dissens mit der Ansicht der Dozenten und Assistenten. Die Antworten der übrigen Berufsgruppen unterscheiden sich demgegenüber kaum voneinander; zwischen den Ordinarien und den Dozenten und Assistenten besteht sogar kein einziger Konfliktfall.

Fünf unter den 44 Aussagen sind besonders konfliktträchtig, indem jeweils drei Konfliktpaare auftreten. In allen diesen Fällen unterscheiden sich die Antworten der in der Privatwirtschaft tätigen Ökonomen signifikant von denjenigen anderer Berufsgruppen. Diese besonders konfliktträchtigen Aussagen beziehen sich ausnahmslos auf die Frage *staatlicher Eingriffe* in die Wirtschaft: Die in der Privatwirtschaft Beschäftigten wenden sich stärker gegen Staatseingriffe – ausser wenn sie dazu dienen, die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften einzuschränken (Aussage 43). Sie schätzen die öffentlichen Unternehmen deutlich als weniger effizient ein als die privaten (Aussage 11); eine energische Antitrust-Gesetzgebung wird von ihnen eher abgelehnt (Aussage 17); sie sind stärker dafür, dass die Staatsausgaben reduziert werden (Aussage 31); eine Einkommensumverteilung sehen sie nicht als legitime Aufgabe des Staates an (Aussage 40). Bei einigen

Aussagen bestehen jeweils zwei Konfliktpaare, d.h. eine Gruppe steht mit jeweils zwei weiteren Gruppen im Konflikt: Die positive Einstellung der Ökonomen im öffentlichen Dienst zu Galbraiths Vorstellungen über den «corporate state» (Aussage 8) unterscheidet sich signifikant von den Auffassungen sowohl der Privatwirtschaftler als auch der Ordinarien, die beide diese Sicht eher ablehnen; die Ansicht der Professoren, dass eine expansive Fiskalpolitik in einer nicht-vollbeschäftigten Wirtschaft wirksam ist (Aussage 13), wird von den Ökonomen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft nicht unbedingt geteilt; der ablehnenden Haltung der Assistenten gegenüber der Interpretation der Inflation als vorwiegend monetäres Phänomen (Aussage 19) schliessen sich die beiden Berufsgruppen ausserhalb der Universität nicht an.

V. Was bestimmt die Antworten:

Der Einfluss von Beruf, Alter, Sprachzugehörigkeit und Ideologie

Bisher wurde untersucht, welche Ansicht der *typische* Vertreter der einzelnen Berufsgruppen zu den vorgelegten Aussagen macht, und bei welchen Aussagen sich die Meinungen unterscheiden. Von möglichen weiteren Grössen, welche die Antworten bestimmen, wie dem Alter, dem akademischen Abschluss und der ideologischen Selbsteinschätzung, wurde dabei abstrahiert. Allerdings unterscheiden sich die Berufsgruppen hinsichtlich dieser Merkmale deutlich voneinander (vgl. auch Anhang D):

- (i) *Alter*: Die Professoren sind bei weitem die Ältesten (68 % sind zwischen 35 und 54 Jahren alt und nahezu 30 % 55 Jahre oder älter), gefolgt von den Beschäftigten in der Privatwirtschaft (rund 59 % sind 35 bis 54 Jährige und 26 % 55 Jahre oder älter) und im öffentlichen Dienst (37 % «Jüngere», 45 % «Mittlere» und 18 % «Ältere»). Wie zu erwarten ist, sind die Dozenten und Assistenten am jüngsten; beinahe die Hälfte ist noch keine 35 Jahre alt und nur 8,7 % 55 Jahre oder älter.
- (ii) *Akademischer Abschluss*: Über 90 % der Professoren haben eine Habilitation aufzuweisen. Bei den anderen Angehörigen des Lehrkörpers sind es immerhin 61 %, 30 % von ihnen besitzen lediglich ein Lizentiat²⁹. Etwa die Hälfte der im öffentlichen Dienst tätigen Ökonomen weist ein Lizentiat auf, die andere Hälfte ein Doktorat. In der Privatwirtschaft haben ebenfalls 50 % den Doktorgrad³⁰.

²⁹ Diese Berufsgruppe ist sehr heterogen, weil die noch promovierenden Assistenten mit den ausserordentlichen Professoren und Privatdozenten zusammengekommen werden. Eine Aufspaltung verbietet sich jedoch wegen der ohnehin kleinen Besetzung (N=25) dieser Gruppe. Aus diesem Grunde ist bei der Interpretation Vorsicht geboten.

³⁰ Sieben Personen sind habilitiert, was rund 10 % der privatwirtschaftlich tätigen Ökonomen ausmacht. Diese Kategorie ist im Vergleich zur Grundgesamtheit sicherlich übervertreten.

- (iii) *Ideologische Ausrichtung*: Die im öffentlichen Dienst tätigen Ökonomen schätzen sich selbst³¹ – im Vergleich zu den anderen Gruppen – im Durchschnitt am weitesten «links» ein³². Etwas weiter «rechts» siedeln sich die Professoren an, gefolgt von den in der Privatwirtschaft Beschäftigten. Erstaunlich ist, dass sich die Dozenten und Assistenten von allen Gruppen am weitesten «rechts» einstufen³³. Ein statistisch signifikanter Unterschied in der Selbsteinschätzung der ideologischen Position (bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 1 %) besteht zwischen den Ordinarien und Privatwirtschaftlern und zwischen den Angehörigen des öffentlichen Dienstes mit den Assistenten und den in der Privatwirtschaft Tätigen.

Diese Angaben zeigen, dass bei den Angehörigen der einzelnen Berufsgruppen bestimmte Merkmale besonders stark vertreten sind. Beispielsweise sind die Professoren im allgemeinen älter, während die Dozenten und Assistenten vor allem der jüngsten Altersgruppe angehören. Sind derartige Übereinstimmungen ausgeprägt, lässt sich nicht mehr feststellen, ob eine Antwort darauf zurückzuführen ist, dass ein bestimmter Beruf ausgeübt oder ein bestimmtes Alter eingenommen wird, ein bestimmter akademischer Abschluss erreicht wurde oder eine bestimmte ideologische Ausrichtung vorliegt. Daher werden die verschiedenen Einflussfaktoren im folgenden einer multivariaten Analyse unterzogen. Da die abhängige Variable einen auf zwischen 0 und 1 (oder 0 % und 100 %) beschränkten Variationsbereich besitzt, wird die Probit-Analyse angewendet. Mit der Probit-Analyse werden zwei Ziele verfolgt³⁴:

- (i) Es wird ermittelt, welchen Einfluss ein bestimmtes Merkmal wie die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe, das Alter, die Studienrichtung, der akademische Abschluss, das Selbstverständnis als Theoretiker oder Praktiker, die Sprachzugehörigkeit oder die ideologische Selbsteinstufung auf die Stellungnahme zu den einzelnen Aussagen ausübt, wobei der Einfluss der jeweils anderen Merkmale konstant gehalten wird³⁵.

Als Beispiel sei Aussage 43 betrachtet: Werden die Antworten nach *Berufen* aufgegliedert, zeigt sich, dass die Dozenten und Assistenten mehrheitlich *dagegen* sind, dass die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften wesentlich eingeschränkt wird. Werden die Antworten nach dem *Alter* gegliedert, ergibt sich, dass die «Jüngeren» *gegen* eine Einschränkung der Gewerkschaftsmacht

³¹ Die Selbsteinschätzung erfolgt anhand einer Skala, die von -1 (Links) bis $+1$ (Rechts) verläuft.

³² Ihr Durchschnittswert befindet sich mit $-0,07$ allerdings nur knapp «links» von der mit Null festgelegten Skalenmitte.

³³ Der Durchschnittswert liegt bei dieser Gruppe bei $0,36$.

³⁴ Zur Technik der Probit-Analyse vgl. im einzelnen Henri Theil, *Principles of Econometrics*, North-Holland, Amsterdam, 1971, S. 630f. oder R. D. Bock, *Multivariate Statistical Methods in Behavioral Research*. McGraw Hill, New York, 1975, S. 506ff.

³⁵ Es handelt sich um den gleichen Schnitt wie von der einfachen zur multiplen Regression.

sind. Da die Dozenten und Assistenten vorwiegend zu den «Jüngeren» gehören, lässt sich nicht bestimmen, ob ihre Antwort der Stellung im Beruf oder dem Alter (oder welcher Mischung von beiden) zuzurechnen ist. Die Probit-Analyse untersucht, ob beide Einflüsse unabhängig wirksam sind und sich in diesem Fall kumulieren. Der umgekehrte Zusammenhang sei anhand von Aussage 21 illustriert: Die *Professoren* sprechen sich eher *dafür* aus, das System der sozialen Wohlfahrt in Richtung auf eine «Negative Einkommensteuer» umzugestalten. Werden die Umfrageergebnisse nach *Altersgruppen* aufgegliedert, zeigt sich, dass die «Älteren» *gegen* diesen Vorschlag sind. Die Professoren, die im allgemeinen auch älter sind, unterliegen somit zwei gegenläufigen Einflüssen.

- (ii) Die *simultane* Betrachtung der für die Beantwortung als wichtig erachteten Einflussgrößen erlaubt eine ex post Voraussage der gegebenen Antworten. Sind von einem zufällig ausgewählten Individuum, welches zu unseren Aussagen Stellung genommen hat, die wesentlichen Merkmale (Alter, Beruf usw.) bekannt, kann mit Hilfe der Probit-Schätzung seine Antwort nachvollzogen werden.

Das Vorgehen soll wiederum anhand eines Beispiels illustriert werden: Von einem Teilnehmer sei bekannt, dass er sich selbst als «rechts» einstuft, deutsch spricht, sich als Praktiker versteht, in der Privatwirtschaft tätig ist, ein Lizentiat besitzt und zu den «Älteren» gehört. Mit diesen Informationen lässt sich bestimmen, ob dieses Individuum einer bestimmten Aussage eher zustimmt oder sie eher ablehnt³⁶. Dies sei für Aussage 31 «Der Umfrage der Staatsausgaben sollte vermindert werden» verdeutlicht, für die sich folgende Probit-Schätzgleichung ergibt:

³⁶ Da die Probit-Analyse als Abhängige eine dichotome Variable erfordert, wird ein eingeschränktes JA als Zustimmung interpretiert. Jene, die «keine Antwort» gegeben haben (hier: 2 Fälle), sind aus der Probitschätzung ausgeschlossen worden.

Antwort zu Aussage 31 = (JA = 1, NEIN = 0)	0,70	Konstante	
	+ 3,64***	Ideologie	
	− 0,41**	Sprache (franz. oder ital./deutsch)	
	− 0,18	Ausrichtung (Praktiker/Theoretiker)	
	− 0,62	Professoren	Beruf
	− 0,31*	Dozenten/Assistenten	
	− 0,36	öff. Dienst	
	+ 0,40**	Privatwirtschaft	akademischer Abschluss
	+ 0,01	kein Abschluss	
	+ 0,14	Lizentiat/Diplom	
	+ 0,08	Doktorat	Studien- richtung
	− 0,38	Habilitation	
	+ 0,12	Volkswirt	
	+ 0,51	Betriebswirt	Alter
	+ 0,13	Statistiker	
	+ 0,49	andere Sozialwiss.	
	− 0,31	anderes Fach	
	− 0,12	«Jüngere» (bis 34 J.)	
	− 0,01	«Mittlere» (35–54 J.)	
	+ 0,47*	«Ältere» (ab 55 J.)	
N = 197			
$\chi^2 = 128,5$			
p = 0,73			
Anteil der richtig bestimmten Antworten: 83,2 %			

Mit Ausnahme der Ideologie-Variable, die sich auf den Bereich von -1 (Links) bis $+1$ (Rechts) bezieht, handelt es sich bei allen Erklärenden um Dummyvariablen. Dabei ist jeweils positiv ($+1$) kodiert, wer französisch- oder italienischsprachig ist und wer sich als Praktiker versteht, und jeweils negativ (-1) kodiert, wer deutsch spricht und wer sich als Theoretiker bezeichnet. Die weiteren Dummyvariablen nehmen jeweils den Wert Eins an, wenn das entsprechende Merkmal zutrifft (z.B. wenn der Befragte ausschliesslich das Lizentiat besitzt), ansonsten den Wert -1 .

Die Koeffizienten der geschätzten Gleichung sind immer *relativ* zu interpretieren, d.h. sie erhalten eine Aussage über den Einfluss einer bestimmten Merkmalausprägung (z.B. französisch- oder italienischsprachig; Professor) im Vergleich zu den übrigen Ausprägungen des gleichen Merkmals (also: im Vergleich zu deutschsprachig; zu den Angehörigen aller anderen Berufsgruppen). Ein Stern bedeutet, dass der entsprechende Koeffizient mit 90 % Sicherheit statistisch signifikant ist (t-Test); zwei bzw. drei Sterne weisen auf ein Sicherheitsniveau von 95 % bzw. 99 % hin.

Die geschätzte Gleichung ist folgendermassen zu interpretieren (es wird lediglich auf die Variablen mit signifikantem Einfluss eingegangen):

- Wenn sich ein Individuum – wie in unserem Beispiel – ideologisch «rechts» einordnet, dann ist zu erwarten, dass es im Vergleich zu denen, die sich «links»

einordnen, Aussage 31 *ceteris paribus* zustimmt. Der Koeffizient von 3,64 kann – abgesehen von dem Vorzeichen – aufgrund der Probit-Spezifikation der Schätzgleichung nicht direkt interpretiert werden. Um eine Vorstellung über die Grössenordnung des Einflusses der Ideologie zu erhalten, muss der geschätzte Koeffizient transformiert werden, was in diesem Falle einen Wert von 0,97 ergibt³⁷. Der Koeffizient von 0.97 besagt, dass sich von 100 Teilnehmern, die sich als «rechts» einstufen, *ceteris paribus* 97 für eine Senkung der Staatsausgaben aussprechen.

- Da das Individuum deutsch spricht, ist zu erwarten, dass es im Vergleich zu den französisch- oder italienischsprachigen Ökonomen Aussage 31 ebenfalls eher zustimmt (negativer Koeffizient von 0,41 einer negativ kodierten Variablen).
- Auch aufgrund seiner Tätigkeit in der Privatwirtschaft ist zu erwarten, dass das Individuum Aussage 31 eher befürwortet; wäre es stattdessen ein Dozent oder Assistent, wäre damit zu rechnen, dass es die gleiche Aussage eher ablehnt.
- Da das betrachtete Individuum fortgeschrittenen Alters ist, lässt sich auch deshalb erwarten, dass es – im Vergleich zu den jüngeren und mittleren Jahrgängen – *ceteris paribus* Aussage 31 zustimmt.

Alle Merkmalausprägungen unseres Teilnehmers sprechen somit dafür, dass er – im Vergleich zu jenen mit anderen Ausprägungen – den Umfang der Staatsausgaben vermindert sehen möchte.

Mit dem χ^2 -Test wird untersucht, ob mit den von uns gewählten unabhängigen Variablen die Antworten (Für/Gegen Aussage 31) bestimmt werden können. Der p-Wert von 0,73 deutet darauf hin, dass mit den hier verwendeten unabhängigen Variablen der Ausgang recht gut erfasst wird. Die Erklärungskraft der obigen Schätzung ist sogar beträchtlich, denn es können mehr als 80 % der tatsächlichen Antworten (Für/Gegen Aussage 31) *ex post* korrekt vorausgesagt werden.

In Tabelle 4 sind die Koeffizienten der Probit-Schätzung für eine Reihe ausgewählter Aussagen wiedergegeben. Aufgeführt werden vor allem jene Schätzungen, bei denen *mehrere* Merkmalausprägungen einen signifikanten Einfluss auf die Antwort ausüben³⁸.

Aus der Tabelle geht hervor, dass die Antwort auf nahezu jede Aussage von der *ideologischen Selbsteinschätzung* der Befragten abhängt. Bei den normativen Aussagen über eine gleichmässige Einkommensverteilung (15), Lohn- und Preiskontrollen (22), Staatsausgaben (31), Makroplanung (32), Budgetausgleich

³⁷ Die Transformation erfolgt approximativ nach der Formel $e^{\beta_i x_i} / (1 + e^{\beta_i x_i})$, mit x_i als unabhängige Variable und β_i ($i = 1, \dots, m$) als Wert des geschätzten Koeffizienten. Vgl. BMDP Manual, University of Los Angeles 1979.

³⁸ Da sich kein signifikanter Einfluss für die einzelnen Merkmalausprägungen der Studienrichtung ergibt, sind diese Variablen nicht in Tabelle 4 als Determinanten angeführt. Ausserdem werden nur jene Koeffizienten aufgeführt, die statistisch signifikant sind. Die vollständigen Ergebnisse werden auf Anfrage von den Autoren zugesandt.

Tabelle 4:
Probit-Schätzung der Determinanten der Antworten (ausgewählte Aussagen)

Nr.	Aussage Wortlaut (gekürzt)	Determinanten der Antworten									Voraus- sage- fähigkeit: Anteil der richtigen Antworten (%)	Test- Statistik χ^2 (p-Wert)	Anzahl Ant- worten (N)	
		Ideologie	Sprache	Ausrich- tung + 1 = Praktiker - 1 = Theore- tiker	Beruf				Alter					
					Profes- soren	Dozenten und Assi- stenten	Privat- wirtschaft	öffentl. Dienst	Jüngere	Mittlere				Ältere
		- 1 = Links bis + 1 = Rechts	+ 1 = franz./ ital. - 1 = deutsch											
10	Minimallohn erhöht Arbeits- losigkeit unter Jugendlichen und Ungelernten	1,7***			0,5**	- 0,2*		0,3*				71,9	147,3 (0,38)	196
13	Fiskalpolitik wirkt expansiv	- 0,3*	1,3**			- 1,0**	- 0,5**	0,3**			- 1,0***	87,8	94,7 (0,98)	189
15	Einkommensverteilung sollte gleichmässiger sein	- 2,8***								- 0,4***		73,6	134,0 (0,32)	193
19	Inflation ist monetäres Phänomen		- 0,4*	- 0,4**	- 0,5**	- 0,8***				0,2*		73,6	166,9 (0,37)	197
22	Lohn- und Preis-Kontrollen zur Inflationsbekämpfung	- 0,9**	0,5***							- 0,3*		70,9	164,2 (0,35)	199
23	Neoklassik ist einzige Grundlage der Mikroökonomie	1,2**			0,3**							68,7	174,5 (0,31)	179
31	Die Staatsausgaben sollten ver- mindert werden	3,6***	- 0,4**			- 0,3*	0,4**				0,5*	83,2	128,5 (0,73)	197
32	Makroplanung auch in kapi- talistischen Ländern	- 0,3*	0,5**	- 0,2*			- 0,6***	0,5**			- 0,4**	74,1	139,6 (0,26)	197
33	Einkommensbesteuerung mindert Arbeitsanreize	1,4***	- 0,3*	0,4**			0,2*			- 0,3*		76,3	169,9 (0,25)	199
37	Budget ist über den kon- junkturzyklus auszugleichen	0,3*		0,4*		4,6***	- 0,8***					91,9	65,7 (0,99)	198
43	Macht der Gewerkschaften sollte eingeschränkt werden	1,9***				- 0,7*			- 0,6*	- 0,4**		72,3	155,3 (0,36)	195

Anmerkung: Es werden nur die Koeffizienten ausgewiesen, für die sich ein statistisch signifikanter Einfluss ergibt. Ein Stern (*) bedeutet, dass der entsprechende Koeffizient auf dem 90 %-Sicherheitsniveau signifikant ist; zwei bzw. drei Sterne beziehen sich auf ein 95 %- bzw. 99 %-Sicherheitsniveau. χ^2 steht für den Test der Hypothese, ob mit den in der Schätzung verwendeten unabhängigen Variablen der Ausgang (DAFÜR/DAGEGEN) bestimmt werden kann. Der p-Wert gibt an, wie gut dieser Ausgang bestimmt wird; liegt p nahe bei 1, so wird der Ausgang mit den verwendeten unabhängigen Variablen immer korrekt bestimmt, liegt er bei 0, so ist deren Einfluss zufällig.

(37) und die Gewerkschaftsmacht (43) ist dieser ideologische Einfluss verständlich. Die ideologische Einstellung ist jedoch nicht immer von Bedeutung; bei Aussage 19, dass die Inflation vorwiegend ein monetäres Phänomen sei, übt sie keinen signifikanten Einfluss aus. Andere Einflussfaktoren sind hier bestimmend: Wer deutsch spricht, als Praktiker tätig und im mittleren Alter ist, tendiert diese Frage *ceteris paribus* eher zu bejahen, wer als Professor und als Dozent oder Assistent tätig ist, *ceteris paribus* eher abzulehnen.

Bemerkenswert ist, dass sich die Antworten von Ökonomen, die sonst die gleichen Eigenschaften aufweisen, häufig allein dadurch unterscheiden, dass jemand dem deutschen oder dem französisch/italienischen *Sprach- und Kulturbereich* angehört. Wer im Welschland oder Tessin wohnt, neigt *ceteris paribus* im Vergleich zu den Deutschschweizern eher in die *keynesianische* Richtung: Er glaubt eher an die expansive Wirkung der Fiskalpolitik (13), er möchte die Staatsausgaben weniger vermindern (31), er sieht Inflation nicht so sehr als monetäres Phänomen (19) an und er unterstützt eher Lohn- und Preiskontrollen sowie eine Makroplanung (22, 32).

Hinsichtlich des Einflusses, den der *Beruf* und das *Alter* unabhängig von den übrigen Faktoren ausübt, sei nur auf zwei Aussagen eingegangen: Wer als Dozent bzw. Assistent oder in der Privatwirtschaft tätig ist und wer zu den Älteren zählt, glaubt weniger an eine expansive Wirkung der Fiskalpolitik (Aussage 13). Wer in der Privatwirtschaft arbeitet und wer älter ist, tendiert eher dazu, eine Makroplanung (32) zu verwerfen; wer hingegen im öffentlichen Dienst arbeitet, hält sie eher für sinnvoll.

Auch bei den in Tabelle 4 aufgeführten Schätzungen ist die Voraussagekraft gut. Mit Hilfe der als wichtig erachteten Determinanten kann in sehr vielen Fällen (zwischen 70 % und über 90 %) die Antwort zu einer Aussage richtig vorausgesagt werden.

VI. Fachliteratur und bedeutende Ökonomen

Im Fragebogen wurden zusätzlich zu den 44 Aussagen auch zwei *offene* Fragen gestellt, um die Einschätzung wissenschaftlicher Zeitschriften³⁹ und die Bedeutung lebender Ökonomen⁴⁰ zu erkunden. Nur etwas mehr als die Hälfte der Antworten-

³⁹ Innerhalb der Wirtschaftswissenschaften hat sich bereits ein eigenes Gebiet entwickelt, das sich mit der Verbreitung wissenschaftlicher Information beschäftigt. Vgl. Knut Borchardt, *Wissenschaftliche Literatur als Medium wissenschaftlichen Fortschritts, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 193 (1978); D. J. de Solla Price, *Little Science, Big Science. Von der Studierstube zur Grossforschung*, Suhrkamp, Frankfurt, 1974; Charles B. Blankart, *Mikroökonomische Ansätze zur Messung des wissenschaftlichen Forschungsausgangs*, *Konjunkturpolitik* 21 (1975).

⁴⁰ Auch mit dieser Frage haben sich schon Wissenschaftler beschäftigt, insbes. W. Lee Hansen und Burt A. Weisbrod, *Toward a General Theory of Awards, or Do Economists Need a Hall of Fame?* *Journal of Political Economy* 80 (1972).

den hat zu diesen beiden Fragen Stellung genommen, so dass bei der Interpretation der Ergebnisse einige Vorbehalte bestehen.

1. Welche wissenschaftlichen Zeitschriften werden als die wichtigsten angesehen?

Unter den *internationalen* ökonomischen Fachzeitschriften steht die American Economic Review mit 40 Nennungen an erster Stelle. Mit grossem Abstand folgt die Harvard Business Review (16 Nennungen), das Economic Journal (11), Management Science (9), das Journal of Political Economy (6) und das Journal of Economic Literature (5)⁴¹.

Unter den Fachzeitschriften im *deutsch-* bzw. *französisch-* und *italienischen* Sprachraum steht Kyklos mit 27 Nennungen an der Spitze, gefolgt vom Weltwirtschaftlichen Archiv (16), der Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik (15) und der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (8).

2. Welche lebenden Ökonomen gelten als die bedeutendsten?

Die Schweizer Ökonomen betrachten insgesamt Milton Friedman (49 Nennungen) als den ihrer eigenen Ansicht nach bedeutendsten Ökonomen, gefolgt von Paul A. Samuelson (38) und John K. Galbraith (37). Bereits weiter zurück liegen Jan Tinbergen (11), John R. Hicks (8) und Friedrich von Hayek (6). Bemerkenswert ist, dass – mit Ausnahme von Galbraith – ausschliesslich Nobelpreisträger an der Spitze liegen. Es ist möglich, dass die Schweizer Ökonomen mit den Bewertungen des Nobelpreiskomitees übereinstimmen oder aber, dass die Verleihung des Nobelpreises die Leistungen der ausgezeichneten Ökonomen ins Bewusstsein zurückruft.

Die Professoren betrachten Samuelson (11 Nennungen) als den bedeutendsten Ökonomen, gefolgt von Friedman (9) und Hicks (7). Galbraith wird hingegen nur zweimal genannt. Bei den in der Privatwirtschaft tätigen Ökonomen steht hingegen Galbraith (17 Nennungen) unmittelbar hinter Friedman (25) und vor Samuelson (15).

VII. Abschliessende Bemerkungen

Ein wichtiges Ergebnis der im Herbst 1980 unter nahezu 400 Schweizer Ökonomen durchgeführten schriftlichen Befragung ist der recht hohe Konsens zu

⁴¹ Eine unter amerikanischen Ökonomen durchgeführte Untersuchung hat eine ähnliche Reihenfolge ergeben: Sehr intensiv gelesen werden die American Economic Review und das Journal of Economic Literature, gefolgt vom Journal of Political Economy, von der Review of Economics and Statistics, dem Quarterly Journal of Economics und dem Economic Journal. Stephen Kagann und Kenneth W. Leeson, Major Journals in Economics: A User Study, *Journal of Economic Literature* 16 (1978).

einem breiten Fächer von theoretischen und wirtschaftlichen Aussagen. Insgesamt können die befragten Ökonomen als gemässigte Keynesianer bezeichnet werden. Hierfür spricht vor allem ihre Auffassung, dass die wirtschaftliche Tätigkeit durch staatliche Eingriffe sinnvoll beeinflusst werden kann. Eine überwiegende Mehrheit hält z.B. eine expansive Fiskalpolitik für ein wirksames Instrument zur Überwindung einer Rezession. Entsprechend haben sie keine *grundsätzlichen* Vorbehalte gegenüber der wirtschaftlichen Aktivität der öffentlichen Hand. Sie wenden sich jedoch entschieden gegen eine Intervention des Staates, wenn sie ihnen zu weit zu gehen scheint, wie etwa im Falle der Einführung von Lohn- und Preiskontrollen. Gegenüber der monetaristischen Lehre sind sie eher skeptisch. Zwar wird mit grosser Mehrheit die Fähigkeit der Zentralbank zu einer Geldmengensteuerung anerkannt, dennoch lehnt immerhin die Hälfte es ab, dass eine monetaristische Politik betrieben wird.

Unter der Gesamtheit der befragten Ökonomen ist eine extreme Variante der neoklassischen Theorie umstritten; auch wird die Neoklassik nicht als einzige Möglichkeit zur ökonomischen Analyse angesehen. Unsere Untersuchung zeigt, dass die befragten Ökonomen manche Ansichten vertreten, die ausserhalb der üblichen Lehrmeinungen stehen, d.h. weder dem (strengen) Keynesianismus noch dem Monetarismus zuzuordnen sind. Dazu zählen etwa die hohe Zustimmung zu den Auffassungen unorthodoxer Ökonomen wie Galbraith und die weitverbreitete Ansicht, historischen Aspekten und politischen Zusammenhängen sei bei der Analyse Rechnung zu tragen. Dieses Ergebnis deutet daraufhin, dass in der akademischen Lehre und Forschung einige von den Befragten als wichtig angesehene Aspekte nicht genügend berücksichtigt werden.

Bei einer gleichzeitigen Betrachtung aller Einflüsse (berufliche Stellung, akademischer Abschluss, Alter, Sprachzugehörigkeit und ideologischer Selbsteinschätzung) zeigt sich nicht überraschend, dass die Antworten zu beinahe allen Fragen durch ideologische Auffassungen mitbestimmt werden. Dies gilt verständlicherweise vor allem bei den normativen Aussagen, spiegelt sich jedoch häufig auch bei den Antworten zu den positiven Aussagen wieder. Bemerkenswert ist auch, dass zwischen deutsch- und französisch- oder italienischsprachigen Ökonomen signifikante Unterschiede bestehen; letztere neigen stärker der keynesianischen Richtung zu.

Können die Ökonomen nichts zur praktischen Wirtschaftspolitik beitragen, weil sie ganz verschiedener Auffassung sind und einander widersprechende Ratschläge erteilen? Diese oft vorgebrachte Ansicht wird durch unsere Untersuchung nicht bestätigt. Im Gegenteil: Die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger können davon ausgehen, dass zu vielen Fragen eine allen Ökonomen gemeinsame Ansicht besteht, auch wenn sie unterschiedlich formuliert wird. Die gegebenen Antworten weisen – wie die Probit-Analyse zeigt – eine nachvollziehbare Struktur auf, d.h. die Antworten sind nicht zufällig, es besteht ein systematischer Zusammenhang mit

den von uns identifizierten Einflüssen. Der recht hohe Grad an Konsens bedeutet selbstverständlich nicht, dass sich zu jeder Frage klare Mehrheiten ergeben. Hier wie auch anderswo in einer Demokratie spiegeln sich die vielfältigen Standpunkte und Interessen wieder. Aus diesem Grund sind in den Auffassungen der Angehörigen der verschiedenen Berufsgruppen einige Unterschiede festzustellen. Die auf die berufliche Stellung zurückgehenden Interessenunterschiede sind jedoch nicht so ausgeprägt, dass es keine allen Ökonomen gemeinsamen Auffassungen mehr gäbe.

Anhang A: Merkmale der den Fragebogen Beantwortenden.

Die einzelnen Merkmale sind in Tabelle A aufgeführt.

Die 35–54jährigen sind doppelt so stark (55 %) wie jeweils die «Jungen» (bis 34 Jahre) und «Älteren» (ab 55 Jahre) vertreten. Ökonomie ist (leider) noch immer fast ausschliesslich eine Domäne der Männer (96 %). 81 % der Antwortenden sind im deutschen und 19 % im französischen oder italienischen Sprachgebiet wohnhaft. Nach Berufsarten unterschieden sind ein Viertel ordentliche Professoren, ein Achtel anderer Angehörige des Lehrkörpers (der Einfachheit halber als Dozenten/Assistenten bezeichnet), ein Viertel ist im öffentlichen Dienst (ausserhalb der Hochschule) beschäftigt und 37 Prozent sind in der Privatwirtschaft tätig. Die grosse Mehrzahl (77 %) bezeichnet sich als Praktiker, nur 23 % fühlen sich als Theoretiker. Die Antwortenden haben zu je einem Drittel ein Lizentiat (oder Diplom), ein Doktorat, oder eine Habilitation, und nur 1 % haben keinen Universitätsabschluss. Den grössten Anteil unter den Hochschulabsolventen stellt Zürich (30 %), gefolgt von St. Gallen, Bern und Basel mit zwischen 13 und 16 %, und den anderen schweizerischen Universitäten mit 2 bis 6 %. Als Studienrichtung wird zu fast zwei Drittel Volkswirtschaftslehre genannt; ein Fünftel sind Betriebswirte. Beinahe die Hälfte der Antwortenden hat sich zu Studienzwecken im Ausland aufgehalten: davon waren rund 40 % in den Vereinigten Staaten (insbesondere Cambridge und Boston), 24 % im Vereinigten Königreich (insbesondere in London), 16 % in Deutschland und 12 % in Frankreich. Die am häufigsten genannte Aufenthaltsdauer beträgt 1 Jahr.

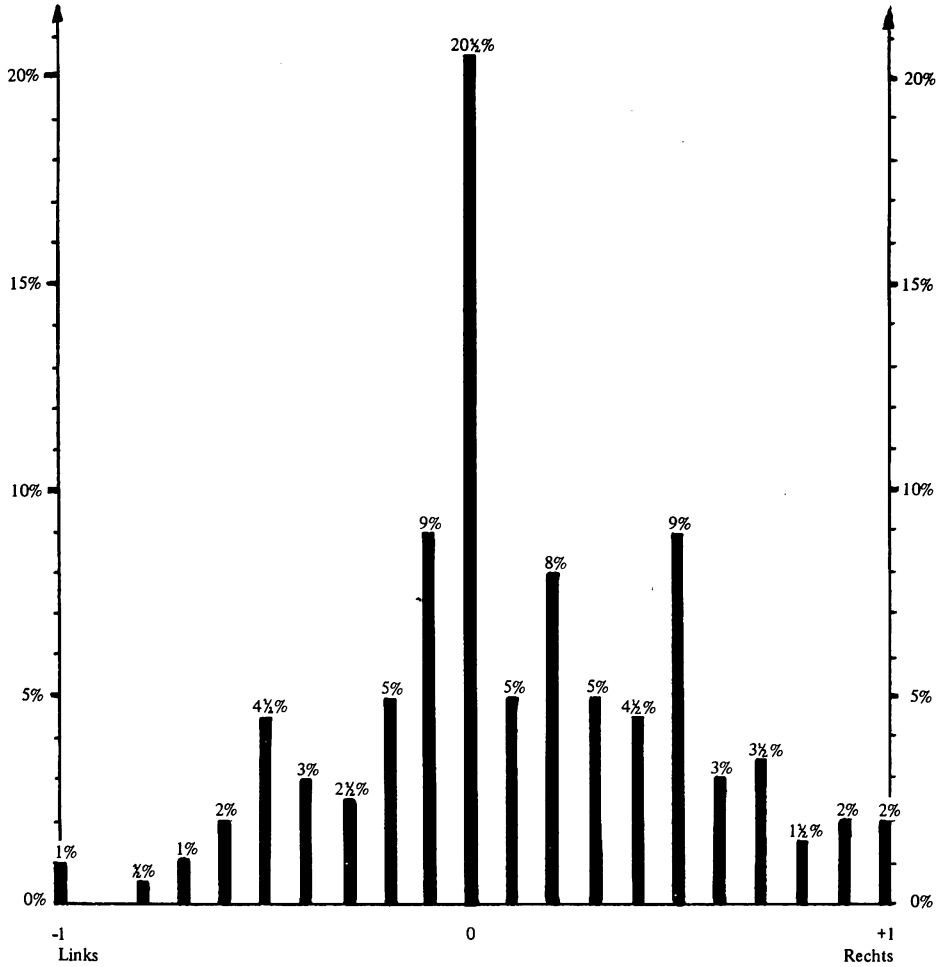
In der Umfrage wurde auch um die Einschätzung der eigenen Position auf einer (grafisch wiedergegebenen) ideologischen Skala gebeten⁴². Die 93 Prozent, die diese Selbsteinstufung vornahmen, verteilen sich annähernd symmetrisch um den als «Mitte» gekennzeichneten Nullpunkt; Modus und Median liegen im Nullpunkt. Die gesamte Verteilung ist in Figur A wiedergegeben.

⁴² Damit wird unterstellt, dass die Befragten eine ähnliche Vorstellung darüber besitzen, was als «Links», «Mitte» und «Rechts» zu bezeichnen ist.

Tabelle A:
Merkmale der den Fragebogen Beantwortenden

<i>Alter</i>	bis 34 Jahre 22,1 %	35–54 Jahre 54,8 %	55 Jahre und älter 23,1 %	
<i>Geschlecht</i>		männlich 96,1 %	weiblich 3,9 %	
<i>Sprache</i>		deutsch 81,4 %	französisch/italienisch 18,6 %	
<i>Beruf</i>	(ordentl.) Professoren 24,6 %	andere Ange- hörige des Lehrkörpers (Dozenten/ Assistenten) 12,6 %	öffentlicher Dienst (ausgenommen Hochschulen) 25,6 %	Privat- wirtschaft 37,2 %
<i>Einschätzung als</i>		Theoretiker 23,0 %	Praktiker 77,0 %	
<i>Abschluss</i>	Lizentiat Diplom 32,1 %	Doktorat 33,7 %	Habilitation 33,2 %	kein Universitäts- abschluss 1,0 %
<i>Studienort</i>	Zürich 30,5 % Genève 4,4 %	St. Gallen 15,5 % Lausanne 3,4 %	Bern 15,0 % Neuchâtel 2,5 %	Basel 13,0 % andere 9,8 %
<i>Studienrichtung</i>	VWL 61,7 % andere Sozialwissenschaften 3,9 %	BWL 20,5 %		Statistik/Ökonometrie 6,4 % anderes Fach 7,5 %
<i>Auslandsaufenthalt</i>	Insgesamt: davon USA: GB: BRD: Frankreich: andere Länder: keine Angabe:		45,7 % 54,3 %	(100 %) 39,6 % 24,3 % 16,4 % 12,0 % 7,7 %
<i>Aufenthaltsdauer</i>	1/2 Jahr 27,6 %	1 Jahr 37,3 %	2 Jahre 8,8 %	keine Angabe 26,3 %

Figur A:
Die Verteilung der Antwortenden gemäss ihrer Selbsteinstufung auf einer ideologischen Skala



Die Antworten (Selbsteinstufung) hinsichtlich der ideologischen Position werden als kontinuierliche Variable zwischen -1 (Links) und $+1$ (Rechts) kodiert⁴³.

Anhang B:
Ergebnisse der Umfrage unter Schweizer Ökonomen, Herbst 1980, N=199.

<i>Aussage</i>	Ich stimme im Grossen und Ganzen zu	Ich stimme mit Ein- schränkung zu	Ich lehne im Grossen und Ganzen ab	keine Antwort	Standard- disiertes relatives Entropie- mass q
Nr.	%	%	%	%	
1. Zölle und Importquoten verringern die wirtschaftliche Wohlfahrt der Gesellschaft.	47,2	40,2	10,1	2,5	0,75
2. Die Regierung sollte im Notfall als Arbeitgeber tätig werden und den Arbeitsplatz garantieren.	14,6	37,2	47,2	1,0	0,76
3. Die maximale Schadstoffabgabe sollte den einzelnen Unternehmungen vorgeschrieben werden.	57,3	29,1	13,1	0,5	0,70
4. Für die Geldpolitik stellt die Beeinflussung des Geldangebots ein wichtigeres Ziel dar als die Beeinflussung der Zinssätze.	62,9	26,1	9,5	1,5	0,67
5. Geldtransfers sind Sachtransfers überlegen.	36,9	31,8	21,7	9,6	0,93
6. Flexible Wechselkurse stellen für die internationalen Währungsbeziehungen eine wirksame Regelung dar.	52,5	38,9	7,6	1,0	0,68
7. Staatliches Fernsehen ist besser als privates Fernsehen.	15,6	42,7	39,2	2,5	0,80
8. Die Sicht von Galbraith, wonach in fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Grossunternehmen dominieren ("corporate state"), beschreibt die Wirklichkeit treffend.	28,3	53,0	17,7		0,75

⁴³ Andere Einteilungsmöglichkeiten bestehen darin, (a) die zugrundegelegte ideologische Skala in mehrere gleiche Abschnitte einzuteilen, dies hätte jedoch eine zu starke Häufung in der Mitte ergeben; oder aber (b) anhand der Selbsteinschätzung mehrere gleich grosse Gruppen zu bilden; allerdings wird bei diesem Vorgehen die Gruppierung in bspw. «Links», «Mitte» und «Rechts» allein durch die Daten bestimmt.

Anhang B: (Fortsetzung)

Aussage	Ich stimme im Grossen und Ganzen zu	Ich stimme mit Ein- schränkung zu	Ich lehne im Grossen und Ganzen ab	keine Antwort	Standar- disiertes relatives Entropie- mass e
Nr.	%	%	%	%	
9. Bei der Bekämpfung der Inflation muss der historische Hintergrund beachtet werden.	45,5	25,3	27,8	1,5	0,81
10. Ein Minimallohn erhöht die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen und den ungelernten Arbeitnehmern	35,6	30,7	32,2	1,5	0,84
11. Öffentliche Unternehmen sind (mit wenigen Ausnahmen) weniger effizient als private Unternehmen.	58,3	27,6	14,1	0,0	0,68
12. Die Regierung sollte den Einkommensteuersatz im Ausmass der Inflationsrate indexieren.	30,7	26,6	42,2	0,5	0,80
13. Fiskalpolitik wirkt in einer nichtvollbeschäftigten Wirtschaft expansiv.	42,2	40,7	12,1	5,0	0,82
14. Bei Konkurrenz vieler kleiner Firmen wird unternehmerische Initiative verunmöglicht.	2,0	8,1	89,9	0,0	0,27
15. Die Einkommensverteilung in entwickelten Industrieländern sollte gleichmässiger sein.	25,1	35,7	36,2	3,0	0,86
16. Der nutzenmaximierende homo oeconomicus ist ein Zerrbild der Wirklichkeit und deshalb unbrauchbar.	25,1	36,2	36,7	2,0	0,84
17. Die Antitrust-Gesetzgebung sollte energisch zur Bekämpfung der heute bestehenden Monopolmacht eingesetzt werden.	36,7	44,7	18,6	0,0	0,75
18. Die Einkommensverteilung spiegelt die wirtschaftlichen Machtverhältnisse wieder.	34,7	47,7	16,1	1,5	0,78
19. Inflation ist vorwiegend ein monetäres Phänomen.	31,2	35,1	32,7	1,0	0,82
20. Mitbestimmung erhöht die Produktivität der Beschäftigten.	16,6	40,2	41,7	1,5	0,79

Anhang B: (Fortsetzung)

<i>Aussage</i>	Ich stimme im Grossen und Ganzen zu	Ich stimme mit Ein- schränkung zu	Ich lehne im Grossen und Ganzen ab	keine Antwort	Standardisiertes relatives Entropiemass ϱ
Nr.	%	%	%	%	
21. Die Regierung sollte das System der sozialen Wohlfahrt in Richtung auf eine «Negative Einkommensteuer» umgestalten.	19,1	24,6	53,8	2,5	0,78
22. Lohn- und Preiskontrollen sollten zur Inflationsbekämpfung eingesetzt werden.	8,5	30,2	61,3	0,0	0,63
23. Die neoklassische Theorie ist die einzig taugliche Grundlage der Mikroökonomie.	12,6	37,7	39,7	10,1	0,89
24. Eine Mietzinskontrolle vermindert die Quantität und Qualität der angebotenen Wohnungen.	46,5	33,3	19,7	0,5	0,77
25. Ökonomen sollen die Auswirkungen eines neuen Steuersystems auf die Wohlfahrt untersuchen, nicht aber die Probleme seiner politischen Durchsetzung und praktischen Anwendung.	23,1	25,1	51,3	0,5	0,76
26. Die Zentralbank sollte angewiesen werden, die Geldmenge mit konstanter Rate wachsen zu lassen	15,1	35,2	44,7	5,0	0,84
27. Emissionssteuern sind ein besseres Verfahren zur Bekämpfung der Verschmutzung als die Festlegung von Verschmutzungsobergrenzen.	21,2	34,3	43,0	1,5	0,81
28. Von den Beschäftigten ist nur dann eine hohe Leistung zu erwarten, wenn sie entlassen werden können.	24,1	38,7	37,2	0,0	0,78
29. Die Regierung sollte inflationsgesicherte Anleihen auflegen.	19,1	26,1	50,8	4,0	0,82
30. Konjunkturbewegungen lassen sich nur dann adäquat analysieren, wenn geschichtliche Ereignisse berücksichtigt werden.	53,3	34,0	11,2	1,5	0,73

Anhang B: (Fortsetzung)

<i>Aussage</i>	Ich stimme im Grossen und Ganzen zu	Ich stimme mit Ein- schränkung zu	Ich lehne im Grossen und Ganzen ab	keine Antwort	Standar- disiertes relatives Entropie- mass q
Nr.	%	%	%	%	
31. Der Umfang der Staatsausgaben sollte vermindert werden (ausgenommen die Ausgaben zur Stabilisierung).	38,9	32,8	27,3	1,0	0,82
32. Eine Planung makroökonomischer Grössen ist auch in Ländern mit Privateigentum an den Produktionsmitteln notwendig.	37,7	34,2	27,1	1,0	0,82
33. Die in entwickelten Industrieländern bestehende Einkommensbesteuerung vermindert die Arbeitsanreize wesentlich.	22,1	43,7	34,2	0,0	0,77
34. Besonders gefährliche Güter sollten durch den Staat hergestellt werden.	22,6	25,1	51,3	1,0	0,77
35. Die Zentralbank ist in der Lage, ein konstantes Geldmengenwachstum zu erreichen, wenn sie dies wünscht.	32,7	50,2	14,1	3,0	0,79
36. Eine Verminderung des Einflusses von Regulierungsbehörden (z. B. im Luftverkehr) würde die Effizienz der Wirtschaft steigern.	27,6	34,2	36,2	2,0	0,84
37. Das Budget der Zentralregierung soll über den Konjunkturzyklus – und nicht in jedem Jahr – ausgeglichen werden.	65,4	26,1	8,0	0,5	0,62
38. Die grundlegende Ursache für die Ölpreissteigerungen in den letzten fünf Jahren ist die Monopolmacht der grossen Ölgesellschaften.	10,1	31,7	58,2	0,0	0,66
39. Politiker bemühen sich, eine Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die die gesellschaftliche Wohlfahrt maximiert.	9,0	39,7	48,3	3,0	0,75
40. In entwickelten Industriegesellschaften ist die Einkommensumverteilung eine legitime Aufgabe für die Regierung.	39,2	31,2	27,6	2,0	0,84

Anhang B: (Fortsetzung)

<i>Aussage</i>	Ich stimme im Grossen zu	Ich stimme mit Ein- und Ganzen schränkung zu	Ich lehne im Grossen und Ganzen ab	keine Antwort	Standardisiertes relatives Entropiemass q
Nr.	%	%	%	%	
41. Kurzfristig kann die Arbeitslosigkeit verringert werden, indem die Inflationsrate erhöht wird.	33,2	27,2	28,1	1,5	0,82
42. Konsumentenschutzgesetze vermindern im allgemeinen die wirtschaftliche Effizienz.	18,1	25,6	55,8	0,5	0,73
43 Die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften sollte wesentlich eingeschränkt werden.	18,6	28,1	51,3	2,0	0,79
44. Bei der ökonomischen Analyse von modernen Industriegesellschaften kann darauf verzichtet werden, gesellschaftliche Schichten (Klassen) zu unterscheiden.	15,6	22,1	55,8	6,5	0,81

Anmerkung: 27 der 44 Aussagen wurden der amerikanischen Studie von Kearn et al. (1979) entnommen; bei den 17 neu hinzugefügten «europäischen» Aussagen handelt es sich um solche

- zur Einstellung zum Staat (Aussagen 7, 11, 32, 34).
- zum Verhalten der Arbeitnehmer (Aussagen 20, 28, 33),
- zur Bedeutung der Macht in der Wirtschaft (Aussage 18)
- zur Bedeutung geschichtlicher und schichtspezifischer Aspekte in der ökonomischen Analyse (Aussagen 9, 30, 44)
- zur neoklassischen Theorie (Aussagen 5, 14, 16, 23)
- zur (modernen) Politischen Ökonomie (Aussagen 25, 39).

Anhang C:**Verständlichkeit der Aussagen und Qualität der Antworten**

Wie aus der Aufstellung in Anhang B deutlich wird, sprechen einige der zur Beantwortung vorgelegten Aussagen komplexe Sachverhalte an. Aus Raumgründen mussten diese Aussagen beinahe schlagwortartig formuliert werden. (z.B. «Geldtransfers sind Sachtransfers überlegen», Aussage 5; oder «Inflation ist vorwiegend ein monetäres Phänomen», Aussage 19). Es ist möglich, dass die Befragten die Aussagen nicht immer gleich verstanden und deshalb – bei gleichen

Ansichten über den Sachverhalt – unterschiedliche Antworten gegeben haben. Eine weitere wesentliche Einschränkung war, dass (wiederum in Anlehnung an die amerikanische Studie) nur drei Antworten («Ich stimme im Grossen und Ganzen zu; Ich stimme mit Einschränkung zu; Ich lehne im Grossen und Ganzen ab») vorgesehen waren.

Ob die Aussagen verständlich waren und ob die Antwortmöglichkeiten als ausreichend angesehen wurden, lässt sich nur empirisch bestimmen. Es stehen zwei Anhaltspunkte zur Verfügung:

- a) Die uns in den dafür vorgesehenen Zeilen des Fragebogens, bei den einzelnen Aussagen und in Briefen mitgeteilten Kommentare können als Indiz verwendet werden. Als *unklar* empfunden wurde demzufolge Aussage 5 über «Sach- und Geldtransfers»⁴⁴ und Aussage 23 über «die neoklassische Theorie als einzig sinnvolle Grundlage der Mikroökonomie».

Vorbehalte und *Einschränkungen* wurden in den schriftlichen Kommentaren gegenüber den Aussagen 7 («Staatliches ist besser als privates Fernsehen»), 39 («Politiker bemühen sich, eine Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die die gesellschaftliche Wohlfahrt maximiert») und 43 («Die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften sollte wesentlich eingeschränkt werden») vorgebracht. Bei der Frage nach der Gewerkschaftsmacht wurde regelmässig (und zu Recht) angemerkt, dass die Antwort wesentlich davon abhängt, ob die Gewerkschaften in der Schweiz oder im Ausland (öfters genannt wurde Grossbritannien) gemeint sind.

- b) Die Qualität der Aussagen lässt sich auch anhand des Anteils derer beurteilen, die jeweils zu einer Aussage keine Stellung genommen haben; es ist allerdings denkbar, dass eine Stellungnahme aus Gründen der Indifferenz verweigert wurde. Nach diesem Kriterium zu schliessen, ist die Qualität der Aussagen zufriedenstellend. Im Durchschnitt aller 44 Aussagen verweigerten weniger als 2 % eine Antwort, und nur in 5 der 44 Aussagen enthielten sich mehr als 5 % einer Antwort. Es handelt sich dabei um die gleichen Aussagen, die in den schriftlichen

⁴⁴ Nach herkömmlicher Auffassung der (neoklassischen) Wirtschaftstheorie sind Geldtransfers den Sachtransfers überlegen, weil die Empfänger im ersten Falle ihr erhöhtes Einkommen nach eigenem Belieben für die verschiedenen Konsumgüter ausgeben können, während sie bei direkter Zuweisung von Gütern in ihrer Konsumwahl eingeschränkt werden und dadurch eine Nutzeneinbusse erleiden. Dies gilt nur dann nicht, wenn innerhalb des eigenen Konsumbündels substituiert werden kann (in beiden Fällen entstehen dem Individuum jedoch Transaktionskosten). Wird hingegen der Nutzen sowohl der *Geber* als auch der Empfänger von Übertragungen betrachtet, wird die übliche Auffassung in Frage gestellt: Der Geber wird möglicherweise nur dann zu einem Geldgeschenk motiviert, wenn er weiss, welche Güter damit gekauft werden. Vgl. dazu Werner W. Pommerehne, *Gebundene vs. freie Geldtransfers: Eine Fallstudie*, in: Carl-Christian von Weizsäcker (Hrsg.), *Staat und Wirtschaft*, Duncker und Humblot, Berlin, 1979. Beide Ansichten sind somit ökonomisch durchaus vertretbar, woraus ersichtlich wird, dass der Zweck des Fragebogens nicht darin bestand, Wissen zu «prüfen», sondern Auffassungen (d. h. auch die Einschätzung unterschiedlicher Aspekte) kennenzulernen.

Kommentaren als unklar bezeichnet wurden. Die von uns vorgebrachten «europäischen» Fragen haben eine ähnlich hohe Antwortquote (87,5 %) wie die aus der amerikanischen Studie übernommenen Aussagen. Sieben der 44 Aussagen sind von allen Personen beantwortet worden, die den Fragebogen zurückgeschickt haben.

Anhang D: Merkmale der Angehörigen der Berufsgruppen

Merkmale	(ordentl.) Professoren	andere Angehörige des Lehr- körpers (Dozenten/ Assistenten)	im öffentl. Dienst (ausserhalb der Hoch- schule)	Privat- wirtschaft	Total
<i>Anzahl</i>					
Anteil	24,6 %	12,6 %	25,6 %	37,2 %	100 %
absolut	49	25	51	74	199
davon Frauen	1	2	1	1	5
<i>Alter</i>					
«Jüngere» (bis 34 J.)	2,1 %	47,8 %	36,7 %	15,1 %	22,1 %
«Mittlere» (35–54 J.)	68,1 %	43,5 %	44,9 %	58,9 %	54,8 %
«Ältere» (ab 55 J.)	29,8 %	8,7 %	18,4 %	26,0 %	23,1 %
	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
<i>Akademischer Abschluss (höchster Grad)</i>					
Lizentiat/Diplom	—	30,4 %	51,0 %	38,9 %	32,1 %
Doktorat	6,8 %	8,7 %	46,9 %	50,0 %	33,7 %
Habilitation	93,2 %	60,9 %	—	9,7 %	33,2 %
kein					
Universitätsabschluss	—	—	2,0 %	1,4 %	1,0 %
	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
<i>Selbsteinstufung der ideologischen Position*</i>	0,08	0,36	–0,07	0,30	0,16

* Durchschnittliche Position auf der Skala (Index).

Zusammenfassung

Welche Ansichten vertreten Schweizer Ökonomen? Ergebnisse einer Umfrage

Eine im Herbst 1980 durchgeführte Umfrage unter Schweizer Ökonomen ergibt eine hohe Übereinstimmung in deren Ansichten zu den vorgelegten Aussagen. Im Hinblick auf die verschiedenen Lehrmeinungen können die Schweizer Ökonomen am ehesten als gemässigte Keynesianer bezeichnet werden. Zwischen den Berufsgruppen bestehen systematische Unterschiede in den Ansichten. So zeigt sich z. B. bei den in der Privatwirtschaft Tätigen ein deutlich grösseres Vertrauen in die Marktwirtschaft als bei anderen Berufsgruppen. Die Umfrage wurde auch hinsichtlich verschiedener Bestimmungsgründe (akademischer Abschluss, Alter, Sprachzugehörigkeit und ideologische Selbsteinstufung) mit Hilfe der multivariaten Probitanalyse ausgewertet. Insgesamt lässt sich aus der Untersuchung folgern, dass die Ökonomen viele Auffassungen teilen und einen wertvollen Beitrag zur Wirtschaftspolitik leisten können.

Résumé

Quelles sont les opinions défendues par les économistes suisses? Résultats d'un sondage

Un sondage effectué en automne 1980 parmi des économistes suisses laisse apparaître un haut degré de consensus des avis exprimés. En considération des diverses écoles de pensée, on est plutôt porté à classer les économistes suisses en tant que keynésiens modérés. Des différences d'ordre systématique existent entre les opinions défendues par les représentants des divers groupes professionnels. Ainsi par exemple, ceux qui déploient une activité dans le secteur privé font montre d'une confiance dans l'économie de marché notablement plus large que ceux des autres groupes de professions. Le sondage a également été effectué en considération de déterminantes – telles que formation académique, âge, appartenance linguistique et classement idéologique par la personne consultée elle-même – en recourant à l'analyse probatoire à variables multiples. Dans l'ensemble, l'enquête permet d'inférer que les économistes partagent de nombreuses opinions, et qu'ils sont en mesure de fournir une précieuse contribution en matière de politique économique.

Summary

What do Swiss Economists Think? Results of a Survey

A survey among Swiss economists shows a high consensus in the views expressed. Between occupations the answers differ systematically. With respect to the various schools of thought, Swiss economists can best be described as moderate Keynesians. Those economists working in the private business indicate e.g. a considerable higher confidence in the market than do other groups. Using the multi-variate probit method the survey has also been analyzed with respect to various determinants (such as academic degree, age, language, and ideological self-classification). Due to the large common core of opinions, economists can make a useful contribution to economic policy.